

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

47. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, auschl. Postbestellgebühr. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 13. März 1909.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 29.

Die christlichen Gewerkschaften.

XV.

Es heißt nachgerade Eulen nach Athen tragen, wenn noch weitere Beweise vorgebracht werden sollen, wie die christlichen Gewerkschaften von ihren Führern für die Zentrumsparlei mißbraucht werden und wie diese selbst das Ganze „wie am Schnürchen“ hat. Wir können uns aber nicht davon entbinden, diesem wichtigen Kapitel die gebührende Aufmerksamkeit ungeteilt zuzuwenden, denn gerade hier kommt der zwieschlächtige Charakter der christlichen Gewerkschaften am eklatantesten zum Ausdruck. Man hat ihnen keine andre Rolle zugeteilt und sie erfüllen auch keine andre Aufgabe, als ihre Lebensarbeit im Dienste der Zentrumsparlei zu erschöpfen. In programmatischer Weise erklärte im Jahre 1906 (Nr. 278) die ultramontane „Saar-Post“, daß dort, wo katholische Arbeitervereine und christliche Gewerkschaft einträchtig zusammen arbeiten, die Sozialdemokratie, falls sie vermittels ihrer Gewerkschaften einzubringen suche, stets das Feld besetzt finden und unverrichteter Dinge abziehen müsse. Denn:

Die Kirche und die konfessionellen Vereine sind wie das Innere einer Festung, in dem man die Soldaten schult, erzieht und ausrüstet. Die christlichen Gewerkschaften aber sind die Festungsmauer, die das Innere umgibt und vor dem Feinde schützt. Ohne diese ist selbst bei den größten Anstrengungen die Festung auf die Dauer nicht zu halten. ... Vor dreißig Jahren hat man gemeint, es genüge ein allgemeiner katholischer Arbeiterverein, um die Sozialdemokratie fernzuhalten. Als man erkannte, daß das nicht genüge, rief man katholische Arbeitervereine ins Leben. Nun weiß man, daß, so vorzüglich diese wirken, sie dennoch allein nicht ausreichen, um die Arbeiter von der Partei des Unglaubens fernzuhalten. Man hat erkannt, daß die Arbeiter, wenn sie treu bleiben sollen, einem konfessionellen Arbeiterverein und daneben einer christlichen Gewerkschaft angehören müssen. Und allenthalben leitet man die Arbeiter dazu an, diesen beiden Vereinigungen anzugehören.

Die M. Gladbacher Künstler können sich wahrlich jede weitere Mühe mit ihren Broschüren ersparen, denn schöner, präziser und deutlicher kann die Triebfeder der kirchlichen und politischen katholischen Hintermänner nicht dargestellt werden, für wen und zu welchen Zwecken christliche Gewerkschaften gegründet worden sind. Zum Schutze des Zentrums und der klerikalen Parteiherrschaft ist diese „Festungsmauer“ errichtet worden. In demselben Augenblick aber, wo die christlichen Gewerkschaften selbständige Arbeiterpolitik treiben werden, wird es mit diesen bilderreichen Lobeshymnen zu Ende sein. Vorläufig hat es damit allerdings noch gute Wege, wenn auch vor zwei Jahren das christliche „Zentralblatt“ schrieb, daß sich die christlichen Gewerkschaften auf die Dauer diese Bevormundung nicht gefallen ließen. Dieses Zugeständnis ist auch etwas wert. Zur gleichen Zeit klagte ein bayrischer christlicher Gewerkschaftler in seinem Organe, daß „bei unsrer Zentrumsparlei“ bisher die agrarischen Interessen „stets im Vordergrund“ gestanden hätten.

Diese Unzufriedenheit der christlichen Gewerkschaften sucht man durch Konzessionen zu bannen, mit Abgeordnetenlisten zu erstickern, und gerade in dieser Beziehung hat das Zentrum den besten Schachzug getan. Verfolgt man die parlamentarische Tätigkeit der christlichen Gewerkschaftsführer, so

findet man, daß sie sich in nichts von der eines Agrariers oder Großkapitalisten unterscheidet. Doch bevor wir auf die einzelnen Führer und ihre politische Tätigkeit selbst eingehen, ist es notwendig, einige allgemeine Bemerkungen voranzuschicken. Die christlichen Gewerkschaften rühmen sich in der mehrfach angezogenen M. Gladbacher Broschüre bedingungsloser Neutralität. Wie sie in Wirklichkeit aussieht, haben wir bereits gesehen und werden wir noch weiter sehen. Da hebt z. B. die M. Gladbacher Broschüre hervor (S. 71), daß die Gewerkschaften eine ganz bestimmte und genau umschriebene Aufgabe zu erfüllen haben. „Sie haben die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen gegenüber dem Kapital und seiner Vertretung beim Abschluß des Arbeitsvertrags.“ Damit erschöpft sich der Inhalt und das Streben der christlichen Arbeiter, wie später noch an anderer Stelle betont wird. Diese „ganz bestimmte und genau umschriebene Aufgabe“ wird aber erweitert, denn (S. 80) „die christlichen Gewerkschaften haben auch ein sozialpolitisches Programm. Die Gewerkschaften können nicht bestehen und gedeihlich arbeiten ohne ein entsprechendes Koalitions-, Vereins- und Versammlungsrecht. Das Gesetz muß ihre Lebensbedingungen sicherstellen.“ Dann heißt es aber in einer neuen These (S. 81): „Gleichwohl ist die christliche Gewerkschaftsbewegung parteipolitisch neutral“, und auf der gleichen Seite:

Fragen der allgemeinen Politik, wie Fragen der Verfassung, Meer- und Flottenfragen, allgemeine Steuerfragen, die allgemeine Wirtschaft- und Handelspolitik sind nicht Sache der Gewerkschaftsbewegung und haben mit der christlichen Gewerkschaftsbewegung als solcher nichts zu tun. Sie gehen den Arbeiter nicht als sogenannten Verkäufer seiner Arbeitskraft, also nicht als Arbeiter im engeren Sinne, sondern als Staatsbürger an. Je nach dem parteipolitischen Standpunkte kann die Stellungnahme zu diesen Fragen eine sehr verschiedene sein. Die Gewerkschaftsbewegung mit diesen Fragen belasten, hieße die Einigkeit der Berufsgenossen gefährden und damit dem obersten gewerkschaftlichen Prinzip entgegenarbeiten.

Vor dieser las man's anders. Nach dem Mainzer Kongresse (1899) war in einer M. Gladbacher Broschüre („Christliche Gewerksvereine, ihre Aufgaben und Tätigkeit“) zu lesen:

Nur ein politisches Grundrecht gibt es, das keine Organisation antauchen lassen wird und darf, weil es da niemals höhere Gründe geben kann, die einen Arbeiter zum Preisgeben dieses Rechts bewegen dürfen. Dieses eine Grundrecht ist das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Reichstagswahlrecht. Sollte daher eine Partei hierin ihre Pflicht vergessen, dann muß eine Organisation auch als solche gegen sie Stellung nehmen.

Ja, im Jahre 1899 war es sogar den christlichen Gewerkschaften noch gestattet, bei Reichstagswahlen „den Mitgliedern anzugeben, was das Arbeiterinteresse von einem Reichstagskandidaten verlangen muß“, damals war es noch gestattet, als Gewerkschaftsorganisation gegen eine Partei Stellung zu nehmen, die bezüglich des Wahlrechts „ihre Pflicht vergessen“ würde — und jetzt besteht die „ganz bestimmte und genau umschriebene Aufgabe“ darin, daß „Fragen der allgemeinen Politik“ die Gewerkschaften nichts angehen. Soweit hat das Zentrum inzwischen die Selbstständigkeitsgelüste und eine ganz selbstverständliche Arbeiterpolitik zur Strecke gebracht, dank der hervorragenden parlamentarier und Parteigrößen aus dem Lager der

christlichen Gewerkschaften. Da können die christlichen Gewerkschaften wirklich sagen: „Wir sind heruntergekommen und wissen nicht wie!“ Das „sozialpolitische Programm“ der christlichen Gewerkschaften bezüglich der Koalitions- und Versammlungsfreiheit kann man sich ruhig leisten, denn „christlich-nationale“ Arbeiter erfahren in dieser Beziehung seitens der Behörden so gut wie gar keine Schwierigkeiten. Es ist eine Folge der Zentrumspolitik, daß diese Verwässerung des Programms der christlichen Gewerkschaften möglich war, und daß bezüglich der „Arbeiterpolitik“ des Zentrums keine Klarheit bei den christlichen Gewerkschaften verbreitet werden kann, ist den politischen Vertretern der christlichen Arbeiter aus deren eignem Lager aufs Konto zu schreiben. Von ihnen sagt Erdmann (S. 540) mit unbestreitbarem Recht: „Es ist ausgeschlossen, daß diese (die zentrümlichen Arbeiterabgeordneten. Red.) die kapitalistischen, zünftlerischen und agrarischen Strömungen in der Fraktion merklich beeinflussen können, wohl aber wirkt die bürgerliche Interessenpolitik des Zentrums auf die Arbeiterabgeordneten ein, zum Schaden ihres Klassenbewußtseins, zuungunsten ihres proletarischen Empfindens. Die Übermacht der bürgerlichen Parteiumgebung erschlägt den Gewerkschaftsmann und Arbeitervertreter.“ Wie lächerlich nimmt es sich da aus, wenn das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ fordert, christliche Parlamentskandidaten zu präferieren und so „von innen heraus“ die bürgerlichen Parteien mit „arbeiterfreundlichem Geiste zu durchdringen“. Warum haben diese bürgerlichen Parteien dies erst notwendig, und haben sie den christlichen Gewerkschaftsführern Reichstags- und Landtagsmandate gegeben, um sich von diesen Arbeitern „von innen heraus mit arbeiterfreundlichem Geiste durchdringen“ zu lassen? Oder aus anderen Gründen? Wir werden im nächsten Artikel nachweisen, was „der Zweck der Übung“ war, was auch für jeden klar liegt, der die politischen Verhältnisse kennt, was aber anscheinend vorläufig noch für die christlichen Arbeiter ein Buch mit sieben Siegeln zu sein scheint dank der entsprechenden „Aufklärung“ durch ihre an das Zentrum verkauften Führer.

Dank dieser Politik ist es denn in der christlichen Gewerkschaftsbewegung so weit gekommen, daß die in ihr befindlichen Arbeiter sich nicht mehr um ihre elementarsten Interessen kümmern dürfen. Sie müssen deren Wahrnehmung Großgrundbesitzern und Großindustriellen überlassen. Denn wenn es den christlichen Gewerkschaften verboten ist, sich mit Steuerfragen und solchen der allgemeinen Wirtschaftspolitik zu beschäftigen, wenn es diese Arbeiter als Gewerkschaftler nichts mehr angehen soll, ob Verfassungsfragen — zu denen auch die Wahlrechtsfrage gehört — zum Nutzen oder Schaden des arbeitenden Volks aufgerollt und entschieden werden, so ist das zum mindesten kopflös. Man mag also ruhig den Arbeitern das Reichstagswahlrecht nehmen, das Dreiklassenwahlrecht in Preußen mit neuen reaktionären Schönheiten ausstaffieren, oder zugunsten der Agrarier, wie beim Zolltarife, die Lebensmittel noch weiter verteuern, so daß die infolge der gewerkschaftlichen Kämpfe der Arbeiter eingetretenen Lohnerhöhungen wieder wettgemacht werden, das kann die christlichen Gewerkschaften

mit ihrer „Neutralität“ wenig genieren, innerhalb der Gewerkschaften lassen den Arbeiter derartige Fragen völlig gleichgültig und außerhalb derselben sucht er die Lebensmittelvertuernden bürgerlichen Parteien „mit arbeiterfreundlichen Geistes zu durchdringen“. Klassischer ist noch nie ausgedrückt worden als in der für die christlichen Gewerkschaften maßgebenden M. Glabacher Broschüre, daß die christlichen Arbeiter ihr Heil lediglich von den reaktionären Parteien zu erhoffen haben, daß nur die Unterordnung unter die Interessen dieser Parteien die christlichen Gewerkschaften als solche bestehen läßt. Deshalb mußte diese Art „Neutralität“ erfunden werden, mußte vor aller Welt dokumentiert werden, daß die christlichen Gewerkschaftsführer innerhalb und außerhalb ihrer Gewerkschaften nur nach dem Willen der Zentrumsparterie zu handeln haben. Um ein für allemal zu verhüten, daß die christlichen Gewerkschaftler sich mit ihren wichtigsten Lebensbedingungen als Arbeiter beschäftigen, wie z. B. bei der bekannten Zollfrage, hat man die „Fragen der allgemeinen Politik wie Fragen der Verfassung, die allgemeine Wirtschafts- und Handelspolitik“ als immun erklärt und als gegen die „Neutralität“ verstoßend innerhalb der christlichen Gewerkschaften ausgeschlossen. „Und dann der Gnade Ehrenbrief dem Fürsten Piccolomini“. Dann die heißersehnten Mandate für die Conseil legislative, die „dauernde Kondition“ für den „ordnungsliebenden Arbeiter“, die Gnadenperson der Reichen und Mächtigen für die weisen Theoretiker und Praktiker gewerkschafts-christlicher Neutralität!

In eigener Sache!

Den „Korr.“-Lesern ist der Prozeß des Reichstags-abgeordneten Fischer gegen die „Post“ mit all seinen Begleiterscheinungen wohl noch in Erinnerung. Der hierbei unternommene Verleumdungsprozeß des „Worm.“ gegen den „Korr.“ und zwei Angehörige der „Vorwärts“-Druckerei fiel „siegreich“ aus: zwei Stalps baumelten am Längendübel des „Worm.“, er brachte sie triumphierend in seinen Wigwam. Die Opfer waren die genannten zwei Arbeiter, die auf Betreiben der „Worm.“-Redaktion zur Strafe gebracht wurden.

Da der „Worm.“ aus sehr naheliegenden Gründen nicht zu bewegen war, den von mir eingeleiteten Artikel als Entgegnung auf den Verleumdungsbericht aufzunehmen, ja sogar das eingehende Mißporto und den Artikel selbst kurzerhand annehmierte — beides habe ich bis heute noch nicht zurück —, ging ich an die Generalversammlung des vierten Reichstagswahlkreises. Dort hatte ich endlich Gelegenheit, einen reichlichen Laufend-Verammlungsbefehlener das zu unterbreiten, was sie in ihrem Blatte nicht finden durften: Die Wahrheit! Es gelang mir auch vollkommen, die Versammlung zu überzeugen und die Handlungsweise des „Worm.“ ins richtige Licht zu stellen. Jetzt war für die „Worm.“-Redaktion Gefahr im Verzug! Um die Versammlung jedoch vor einer „untätigen“ Stellungnahme zu bewahren, wurde in zwölfter Stunde vom Vorsitzenden der Vorschlag gemacht, die Generalversammlung zu vertagen und den Reichstagsabgeordneten Fischer in nächster Versammlung zu laden. Diese fand statt und ich nahm Veranlassung, meiner Verwunderung darüber Ausdruck zu geben, daß man gegen mich als einzelnen ein so starkes Aufgebot von Parteigrößen aufmarschieren ließ: es war nämlich nicht nur der Reichstagsabgeordnete Fischer geladen, sondern auch der Reichstagsabgeordnete Singer, die „Worm.“-Redaktion, die Preßkommission und die Reueurkommission. Sie alle wurden mobil gemacht. Fischer war nicht erschienen; meines Erachtens mit Recht, denn ich hatte mich lediglich nur mit der „Worm.“-Redaktion zu befassen und ihrer unfairen Kampfweise zur Unterdrückung der Wahrheit und des Rechts. Ich sollte also tot geredet werden. Ob der Plan gelungen ist?

Weil ich im „Worm.“ an die Leser nicht herantomme, weil mir eine Entgegnung abgeknitten ist und weil der „Worm.“ die Ausführungen in der Diskussion so recht „brüderlich“ und „gleichmäßig“ zu verteilen verstand, und weil schließlich meine eignen Kollegen auch ein Interesse an der Sache haben, nehme ich im „Korr.“ das Wort. Und weil zuguterletzt selbst der Reichstags-abgeordnete Wömelburg sagte: „Partei und Gewerkschaften sind eins!“

Einige Einzelheiten glaube ich um deswillen den „Korr.“-Lesern darlegen zu sollen, weil erstens die ganze Prozeßgeschichte das weitgehendste Interesse hervorrief, dann aber auch, um zu zeigen, wie der „Worm.“ seinen Stumpf führt. Der Verfasser des feinerzeit im „Worm.“ veröffentlichten Verleumdungsartikels war mutig zu Hause geblieben, an seine Stelle wurde der redigierendere Redakteur Davidsohn in die Versammlung entsandt. Und gerade dessen Ausführungen geben mir Veranlassung zu einigen Darlegungen. Davidsohn machte es sich recht bequem mangels beweiskräftiger Tatsachen. Er berief sich ganz einfach auf den Inhalt des von ihm

mitredigierten „Worm.“ und polemisierte dann gegen mich. Ich konnte Davidsohn wohl mit Recht erwidern, daß es von ihm höchst merkwürdig sei, sich auf das Blatt zu beziehen, an dem er selbst als Redakteur angestellt sei und welches beharrlich sich weigere, eine Entgegnung des Ungegriffenen aufzunehmen. Die von ihm vertretene Moral rechtfertigte dann auch absolut nicht die zur Schau getragene apokryphische Beweisführung. Weiter behauptete dann dieser „Worm.“-Redakteur, der Gauvorsteher Massini habe in der „Neuen Welt“-Versammlung konstatiert, ich hätte gegenüber einem Mitarbeiter im „Worm.“ betont, der Prozeßbericht des „Worm.“ sei mir als objektiv bezeichnet worden und Mussial hat hiergegen keinen Einspruch erhoben. Auch gegenüber dieser Anklage konnte ich sofort den Nachweis führen, daß der Herr „Worm.“-Redakteur wohl nur den bösen Willen habe, die Tatsache aus der Kopf zu stellen. Die „Worm.“-Redaktion durchschnüffte von allen Gewerkschaftsorganen gerade den „Korr.“ am meisten und darum könnte ihr meine tatsächlich erfolgte Entgegnung im „Korr.“ (abgedruckt in Nr. 138, 1908) nicht entgangen sein. Dann aber wisse es auch Herr Davidsohn, daß ich mich zur Zeit der „Neuen Welt“-Versammlung im Krankenhaus befand, mithin der Darlegung Massinis nicht entgegenzutreten konnte! Das stärkste Stücken in der Verdrehung der Wahrheit leistete sich Herr Davidsohn jedoch mit der Behauptung, ich habe der „Worm.“-Redaktion einen, wie er in der Generalversammlung betonte, „Drohbrief“ gesandt. Der Reichstagsabgeordnete Singer muß sehr schlecht von der „Worm.“-Redaktion bedient worden sein, wenn ihn der „Worm.“ sagen läßt, dieser „Brief“ sei vorhanden und „binnen jederzeit vorgelegt werden“. Ich betone hier in aller Öffentlichkeit: ich habe dem „Worm.“ nur einen zur Entgegnung geschriebenen Artikel eingesandt mit einem Begleiterscheiben, in welchem ich höflichst um Aufnahme dieses Artikels bat. Der „Worm.“-Redakteur erwähnte in der bezeichneten Versammlung selbst diesen Artikel, gab die Gründe der Ablehnung an und sprach ferner von einem noch vor-handenen „Drohbrief“, den man „jederzeit vorlegen könne“. Das ist ein fälscherlicher Stücken der niedrigsten Art, eine schändliche Verleugnung der Wahrheit! Der „Worm.“ möge sowohl meinen Artikel wie den „Drohbrief“ veröffentlichen: Der erstere ist vorhanden, denn ich habe denselben zur Veröffentlichung eingesandt, der letztere mußte vorhanden sein, denn die Redaktion will in der Lage sein, ihn jederzeit „vorlegen“ zu können! Aber die Sache steht so: den Artikel will der „Worm.“ nicht veröffentlichen und den „Drohbrief“ kann er nicht veröffentlichen; er existiert nur in der Einbildung, in dem tranken Sinne der Redaktion.

Der Zweck der gekennzeichneten Stiflungen ist nur zu durchsichtig: er ist auf absichtliche Täuschung der Versammlungsteilnehmer berechnet gewesen. Hier könnte ich wohl — wie mit den Worten des Reichstags-abgeordneten Fischer zu reden —, mit einer Variante gegen die „Worm.“-Redaktion sagen: „Wenn die „Worm.“-Redaktion auf dem Gebiete des Mißtrauens solche Kunststücke auch nur versucht, wie sie sie hier auf literarischem Gebiete praktiziert, dann sähe sie längst hinter den schwedischen Gardinen!“

Und dabei bringt der „Worm.“ in seiner Sonntagsnummer vom 7. März 1909 an Schluß eines Artikels das folgende Zitat des Dichters Bodenstedt, das dem „Worm.“ „wie angegossen“ paßt:

Wer die Wahrheit liebt, der muß schon sein
Werd am Fingel haben,
Wer die Wahrheit liebt, der muß schon
den Fuß im Fingel haben,
Wer die Wahrheit spricht, der muß statt
der Arme Fingel haben,
Und doch singt Mirja Schaffa: Wer da
singt muß Prügel haben.

Nach den von mir gegebenen Darlegungen wahrlich ein Bewundernswertes Bravourstückchen heldenhafter Selbstkasteiung.

Berlin.

P. Mussial.

Korrespondenzen.

Berlin. Die Vereinsversammlung am 4. März wegen Erkrankung des ersten vom zweiten Vorsitzenden Albrecht geleitet, hatte sich wieder einmal eines sehr guten Besuchs zu erfreuen. Stand doch diesmal ein Vortrag auf der Tagesordnung, dessen Thema zwar durch die jetzt im „Korr.“ erscheinende Artikelserie des Kollegen Reghäuser unsrer Kollegen schon geläufig geworden ist, das jedoch ein derartiges Interesse auslöste, daß man sich auch gern noch einen Vortrag über „Christliche Gewerkschaften“ mit anhörte, zumal er von einer so berühmten Person, wie es der langjährige Gauvorsteher von Rheinland-Westfalen und jetzige zweite Verbandsvorsitzende P. Graßmann ist, gehalten wurde. Redner bemühte sich, in dem knappen Rahmen eines anderthalbstündigen Referats den Entwicklungsgang und die hervorsteckendsten Merkmale der christlichen Gewerkschaften den Zuhörern vor Augen zu führen, zum Schluß auch noch unser eigenes Verhältnis zu ihnen berührend, das sich jetzt so gestaltet habe; daß auch wir, die in früheren Jahren dieser Bewegung mit einer gewissen Reserve gegenüberstanden, infolge der Aufnahme des Gutenbergsundes in den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften und dessen dadurch veränderte Kampfesstellung in eine Umwälzung verdrängt wurden. Manche Maßnahmen, welche vom Verbandsvorstand und den Gauvorstehern getroffen seien, würde man auch verstehen, wenn man die angewandte Kampfweise im Lager der Christlichen tagtäglich mit ansehen könnte, wie es Redner so viele Jahre tun mußte. Estrifelte Zuneigung der Neutralität sei

die einzige gute Waffe, mit der wir uns den Gegnern vom Leibe halten können. Erfreulicherweise habe sich auch der Kölner Verbandstag fast einmütig auf diesen Standpunkt gestellt. Lebhafter Beifall wurde dem Redner für seine Ausführungen zuteil, und sei auch an dieser Stelle dem Referenten noch der Dank des Vereins ausgesprochen. Die nachfolgenden Diskussionsredner erklärten sich mehr oder minder mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Kollege Wachner wies darauf hin, daß die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ bei den freien Gewerkschaften wohl das Neutralitätsprinzip vermissen, ihr Spiritus rector aber, Herr Giesberts, habe bei verschiedenen Gelegenheiten Reden gehalten, die dieses Prinzip viel mehr verletzten. Der christliche Bergarbeiterführer Wehrns sei sogar für die Auffstellung von seiten der Unternehmer vorgeschlagener Reichstagskandidaten eingetreten, da diese nach seiner Ansicht die Interessen der Bergarbeiter besser vertreten könnten! Eine allzu weit gehende Neutralität halte er aber auch nicht für gut, sondern wir müßten auch unsere Mitglieder hin und wieder zeigen, wie die Arbeiter vom Zentrum betrogen und verraten werden. Redner wünschte vom Verbandsvorstande, daß in den zurückgebliebenen Gegenden mehr propagiert werde, daß unsere Interessensvertretung mehr links als rechts liege. Notwendig sei es auch, daß die freie Gewerkschaftsbewegung im Rheinlande besser unterstützt werde. Kollege Kotte wunderte sich nicht darüber, daß sich die christlichen Gewerkschaften gegründet haben. Denn mit Unterstützung der Unternehmer bilden sich eben immer wieder solche Schmaroberpflanzen. Nachdem die Unternehmer auch die Christlichen als gefährlich erkannt hätten, begünstigten sie nunmehr wieder die gelben Gewerkschaften. Unfre Taktik, die Christlichen in Ruhe zu lassen, hätte auf die Dauer doch nicht aufrecht erhalten werden können, wir müßten eben Schulter an Schulter mit den andern freien Gewerkschaften kämpfen. Redner wünschte von der Redaktion des „Korr.“, daß sie mehr den sozialistischen Geist in unsere Mitglieder verpflanze. Kollege Stalinski wandte sich gegen Kottes Ausführungen. So könnten wir nicht handeln, weil gerade in unserm Verbands mit so verschieden gesinnten Mitgliedern zu rechnen sei. Manche würden auch, wenn sie sich den Gepflogenheiten ihrer Umgebung nicht fügen würden, aus ihren Stellungen herausgegraut werden. Selbst in Berlin machten sich Bestrebungen bemerkbar, freigesinnte Kollegen aus ihren Stellungen zu bringen. Kollege Albrecht bestätigte diese letzten Ausführungen des Kollegen Stalinski, doch seien diese Bestrebungen bis jetzt immer ins Essen gefallen. Man suche aber immer wieder im trüben zu fischen, daher müßten diese Bestrebungen im Auge gehalten werden, denn nur Einigkeit führe die Arbeiterbewegung zum Ziele. Damit war dieser interessante Tagesordnungspunkt erledigt. Zu Punkt 8 erstattete Kollege Ebel die Abrechnung vom letzten Kostmeste. Die Einnahme betrug 1925 Mk., die Ausgabe 1239 Mk., so daß ein Überschuß von 686 Mk. verblieb. Unter „Vereinsmitteilungen“ gab der Vorsitzende zunächst bekannt, daß in der Klage gegen den Kollegen Oswald Otto die Staatsanwaltschaft sowohl das Eingreifen im öffentlichen Interesse als auch die Privatklage des Kollegen Massini abgelehnt hat. Es hätten dann die noch lebenden Mitglieder des Vorstandes aus dem Jahre 1905 Klage angestrengt, aber auch sie seien abgemiesen worden, da sich der Vorwurf des Verklagten Otto gegen unbekannt Personen richte. Damit erklärte die Staatsanwaltschaft die Gewerkschaftsfunktionäre für vogelfrei. Der Kollege Otto habe es sich auch vorbehalten, gegen den Kollegen Albrecht die Beleidigungsklage zu erheben. Kollege Albrecht sehe derselben mit Ruhe entgegen, ja wüßte sogar dieselbe. Kollege Otto werde zur nächsten Vorstandssitzung geladen werden und unter Androhung des Ausschlusses zur Klageerhebung gezwungen werden. Dann wies der Vorsitzende noch auf die anlässlich der Schulentlassungen bevorstehenden Besprechungsstellen und auf die diesbezügliche Veröffentlichung des Tarifamts im „Korr.“ hin. Interessant sei ein Artikel in der „Deutschen Buchdruckerzeitung“, der sich mit dieser Frage befaßt und darin gipfelt, daß nach drei bis fünf Jahren eine derartige wirtschaftliche Hochkonjunktur eintreten werde, daß man sich um die Arbeitskräfte raufen werde. Die Einstellung recht vieler Lehrlinge sei daher jetzt schon geboten. Die Versammlung wies die Tendenz dieses Artikels natürlich energisch zurück. Dann brachte Kollege Albrecht noch den schon im „Korr.“ erwähnten Droh-artikel der „Deutschen Buchdruckerzeitung“ gegen den „Typograph“ bzw. Gutenbergsbund zur Verlesung, und brachte ebenfalls den Wunsch zum Ausdruck, daß die „D. B.-Ztg.“ ihre Drohung wahrnehmen möge. Noch einen Mißstand brachte er zur Sprache. Trotzdem jetzt für unser Gewerbe die beste Zeit sei, wo sich die Arbeitslosigkeit zu mehren beginnt, seien noch immer 550 arbeitslose Kollegen am Ort. Um so bedauerlicher sei es, daß einzelne Prinzipale sich nicht scheuen, noch Arbeitskräfte von außerhalb heranzuziehen, die sie dann teilweise auch wieder entlassen, wenn sie den gestellten Anforderungen nicht genügen, so daß dadurch der Arbeitsmarkt noch mehr belastet werde. Jeder Kollege werde auf seine Pflicht aufmerksam gemacht, beim Gauvorstand vorher Erkundigungen einzuziehen. Kollege Bitz vertret die Meinung, daß von einer vermehrten Arbeitslosigkeit gar nicht geredet werden könne. Wenn dann von einzelnen Prinzipalen noch von auswärtigen Arbeitskräfte herangezogen würden, dann müßte der Verbandsvorstand auf Grund des Organisationsvertrags dahin wirken, daß sie dies unterlassen. Zur selben Sache äußerte sich auch Kollege Alfred Schulz, der dem Vorstande Vorwürfe machte, daß er in der Verlagsbuchdruckerei

„Anton“, die ebenfalls von auswärtigen Gehilfen herangeholt habe, nicht energisch genug eingeschritten sei. Kollege Albrecht erwiderte darauf, daß sich der starke Zugang erst seit dem 1. Januar fühlbar mache, und der Vorstand seitdem auch erst dieser Frage seine vermehrte Aufmerksamkeit schenke. Kollege Petzsch erneuerte seine schon früher einmal gemachte Unregung betreffs Besserung des Herbergsweizens in Deutschland. In einzelnen Orten herrschten geradezu schauerhafte Zustände. Er wünschte vom Verbandsvorstand, in dieser Beziehung reformierende Schritte zu unternehmen. Kollege Graßmann erklärte sich auch sofort bereit, die Sache im Verbandsvorstand zu vertreten; er ersuchte um Zuwendung von Material. Im übrigen möchten sich die Kollegen aber immer erst bei dem betreffenden Vorstande des Ortsvereins beschweren. Kollege Bötsch kam auf die gesperrten Firmen zu sprechen, die versuchen, ihre Arbeiten in anderen Druckereien herstellen zu lassen. Dies sei auch bei der Firma Knopf & Co. versucht worden. Kollege Albrecht habe die Arbeit wohl inibiert, doch wäre vom Tarifamt eine Auskunst erteilt, die über die erteilte Erlaubnis des Kollegen Albrecht, was noch ausgedruckt werden dürfe, hinausging. Kollege Albrecht habe seinen ersten Einspruch dann auch später eingeschränkt. Auch bedauerte Redner, daß seinem Wunsche nicht nachgegeben sei, den Faktor obiger Druckerei, der Verbandsmitglied sei, vor den Vorstand zu laden. Kollege Albrecht erwiderte, er hielt das für überflüssig, da die Sache ja erledigt war. Kollege Ebel bemerkte noch, daß in verschiedenen anderen Druckereien auch versucht werde, Arbeiten gesperrter Firmen herzustellen. Jeder Kollege habe die Pflicht, derartige Arbeiten zurückzuweisen, da kein tarifreuer Gehilfe dazu gezwungen werden könne. Eine längere Debatte entziffelte die Interpellation des Vorstandes durch den Kollegen Gandrich, wo der Vorstand das Recht hernehme, Kollegen schon vor Ablauf der statutemäßigen Frist auszusperren. Gauaffizier Schießler erwiderte, daß die Maßnahme nur gegen Kassenausbeuter angewandt werde, die kurz vor der Auslieferung zu arbeiten beginnen und nach Verlauf der vorgeschriebenen zehn Wochen von neuem beziehen wollen. Die Kollegen Br. Frisch und Kotze bezeichnen diese Maßnahme des Vorstandes für statutenwidrig und ersuchten die Versammlung, den Beschluß des Vorstandes aufzuheben. Da es aber bereits 11/2 Uhr geworden war, so schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Berlin. (Verein Berliner Rotationsmaschinenmeister.) In der Versammlung vom 21. Februar hatte die Tagesordnung außer den üblichen einen besonderen Punkt aufzuweisen. Herr Dr. med. Lehfeld war zu einem Vortrage: „Die Krankheiten im Buchdruckgewerbe und deren Verhütung“, gekommen. Der Referent teilte seinen Vortrag in zwei Abteilungen ein. Zunächst über äußere, im Beruf am meisten vorkommende Unfälle: Knochenbrüche und Fleischwunden. Er gab hierzu Anweisungen über die erste Hilfe (Umlagen von Verbänden sowie bei großen Blutungen über das Stillen derselben). Als Vergiftungen der Haut führte Dr. Lehfeld bei den Sechern das Auftragen der Haut und die Entzündung derselben, bei den Maschinenmeistern die durch ätzende Flüssigkeiten (Zerpentin) usw. an Redner empfahl, sofort den Arzt zu rufen und bis zur vollständigen Heilung auszusparen. Der Vortragende freifte noch kurz den Plattfuß, der in den meisten Fällen zu spät zur Behandlung komme; wogegen er er beizzeiten schnell und ohne Störung geheilt werden kann. Im zweiten Teile, bei den inneren Verletzungen, kam der Vortragende auf die jüngst in Berlin vorgekommenen überfälle auf Frauen und Mädchen zu sprechen und wies darauf hin, wie notwendig es ist, das Publikum über die erste Hilfe zu belehren, um Verletzungen vor Eintreffen des Arztes zu vermeiden und behandelte dann Unfälle, wie Reibenbruch, Nabelbruch u. a. m. sowie Lebensgefahr durch Ertränkung durch Einklemmen einzelner Brustteile. Er empfahl sofort ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen unter Schilderung des Unfalls, soweit dies möglich. In seinem Schlußwort erwähnte der Vortragende, obwohl Kleierkrankungen (Weißtoll) heute nicht mehr so häufig vorkommen, sei es doch ratsam, trotz der Bundesratsbestimmungen, auch auf sich zu achten, um beim Einnehmen von Nahrung, wenn keine separierten Speiseräume vorhanden sind sowie beim Rauchen nicht mit dem unvermeidlichen Staub in Verbindung zu kommen. Die Folgen davon sind: Erkrankung der Mundhöhle (Zähne), des Darms, Verstopfung desselben, Lungenerkrankung, Schlafstich im ganzen Körper (Erkrankung der Nerven) sowie Erkrankung des Gehirns, ja auch der Tod. Durch Überanstrengung der Nerven treten folgende Erscheinungen ein: Leichte Ermüdung im ganzen Körper, auch ohne Fieber, bis zur Unfähigkeit zum Arbeiten. Beseitigung von Alkohol und Tabakgenuß seien dabei zunächst zu beachten und vor allen Dingen das sogenannte Lungentrauchen zu unterlassen. Die Folge davon sei die Erkrankung von Herz und Nieren. Die Versammlung bezogte durch große Aufmerksamkeit und reichen Beifall sowie durch Erheben von den Plätzen Herrn Dr. Lehfeld das größte Interesse für seinen Vortrag, worauf in der Diskussion auch für den Arzt manches Interessante aus unserm vielseitigen Arbeitsverhältnis zur Sprache. Das veranlaßte noch Herrn Dr. Lehfeld, das von unsern Krankenkasse errichtete Erholungsheim in Bad Berka recht warm zu empfehlen, da selbiges auch im Winter geöffnet ist. Unter „Vereinsmitteilungen“ wurde unter anderem die Anfrage gestellt, ob der Vorstand den Anschlag an die Zentralkommission schon in die Wege geleitet habe. Der Vorsitzende gab darauf bekannt, daß, da nun die Zentralkommission ausgewählt sei, auch unser Gesuch eingereicht werde.

Wesel b. Bonn. Nachdem durch die Gründung der „Westdeutschen Druckerei“ der Mitgliederstand hier am Ort auf 17 gestiegen, beschloßen die hiesigen Kollegen, welche bisher dem Ortsvereine Bonn angehörten, die Gründung eines Ortsvereins. Sie erfolgte in einer am 28. Februar einberufenen Versammlung. Der hiesige Ortsverein hat es sich zum Ziele gesetzt, seine Mitglieder als tüchtige Verbandsmitglieder heranzuziehen und in technischer Hinsicht durch Vorträge weiter auszubilden. Leider war es uns nicht möglich, unsern Bezirksvorsitzenden in unser Versammlung begrüßen zu können, da derselbe durch die gleichzeitige Versammlung des Bonner Ortsvereins am Erscheinen verhindert war. Der Vorstand setzt sich u. a. zusammen aus den Kollegen B. Krogmann, Vorsitzender, und Peter Klippers, Kassierer.

Bremen. (Typographischer Klub.) Am 14. März findet eine Ausstellung von Drei- und Vierfarbendruckern im „Gewerkschaftshaus“ statt, worauf auch die Kollegen der umliegenden Orte aufmerksam gemacht werden. Die Ausstellung ist außerst reichhaltig und von morgens 10 bis nachmittags 6 Uhr unentgeltlich geöffnet. Um 11 Uhr vormittags findet ein erläuternder Vortrag statt.

Gießen. In der am 27. Februar abgehaltenen Ortsvereinsversammlung hatte der Vorsitzende die traurige Pflicht, des verstorbenen Kollegen Carl Worarius zu gedenken. Dann gratulierte er dem seit 1. Januar d. J. hier tätigen Geschäftsführer Kollegen Walbert Jacob zu seinem 25jährigen Verbandsjubiläum. Eine längere Diskussion entspann sich über das Rundschreiben des Verbandsvorstandes, hauptsächlich über die neue Auskunftserteilung. Über die Finanzen des Ortsvereins sei erwähnt, daß die Krankengeldauskunftskasse ein Vermögen von 1150,47 M. hat. Von dem Bestande der Ortskasse sind 200 M. an das Gewerkschaftshaus verliehen. Kollege Koll hielt ein längeres Referat über die Offenbacher Krankenkassenkonferenz, aus dem die Kollegen viel des Wissenswertes entnehmen konnten. Zum Schluß wurden dem Gewandvereine Gutenberg aus der Ortskasse 40 M. für Neuanfassungen bewilligt. Dem Wunsche, die Versammlung möglichst an einem bestimmten Tag im Monat abzuhalten, soll entsprochen werden.

Bezirk Gotha. Die diesjährige Hauptbezirksversammlung am 21. Februar in Gotha (Volksbaus „Zum Mohren“) wurde bei einer Anwesenheit von 216 Kollegen eröffnet, und zwar waren erschienen aus Gotha 60, Langensalza 51, Eisenach und Mühlhausen je 26, Schmalfalden 17, Feilgenstadt 11, Selungen-Stadtlungsfeldbach 8, Ohrdruf 4, Friedrichroda, Tennstedt, Waltershausen je 3, Ruhla 2, Gerungen und Liebenfels je 1 Mitglied; die übrigen Bezirksorte waren nicht vertreten. Außerdem konnte die Versammlung den Kollegen Graßmann und den Gauvorsitzer Helmholz (Weimar), in ihrer Mitte begrüßen. Nach dem Vortrage des hiesigen Männerchors „Arbeit“ von Uthmann leitens der Typographia Gotha wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Weingarten (Langensalza) in üblicher Weise gebr. Hierauf gab Vorsitzender Vaingloß den Jahresbericht und die Ergebnisse einer seitens des Bezirks aufgenommenen Statistik über die Einhaltung der bundesrätlichen Vorschriften bekannt. Das vergangene Jahr ist in tariflicher wie organisatorischer Natur ein ziemlich gutes gewesen. Nennenswerte Konflikte kamen nicht vor. Der Mitgliederbestand stieg von 348 auf 381 in 18 Druckorten. Die Krise zeigt sich in den erheblich gestiegenen Arbeitslosenziffern. Mit der auf dem Gantage vorgeschlagenen Teilung des in territorialer Beziehung ziemlich ausgedehnten Bezirks wollte sich niemand befremden. Fünf Kollegen konnten im vorigen Jahre auf eine 25jährige Verbandsmitgliedschaft zurückblicken. Das Resultat der Statistik sei im allgemeinen etwas besser als angenommen wurde; immerhin seien hier und da trasse Verstöße zu verzeichnen. Die gleichzeitige Zusammenstellung der Feriengewährungen im Bezirke hat ein sehr minimales Ergebnis gezeigt. Der Jahresbericht, der gedruckt vorlag, wurde genehmigt. Nunmehr ergriff Kollege B. Graßmann das Wort zu seinem Vortrage: „Die Organisationen im Buchdruckgewerbe, ein Rückblick und Ausblick“, und gab in anerkennendstündiger fleißiger Rede den Anwesenden ein klares Bild über die derzeitige Lage im Gewerbe, durchflogten von historischen Erinnerungen und verschiedenen Vorgängen aus dem gesamten Wirtschaftskreis. Reich, anhaltender Beifall lohnte dem Redner für seine klaren und wohlverständlichen Ausführungen. In dieser Stelle sei ihm auch nochmals der herzlichste Dank ausgesprochen. Nach der Mittagspause trat man in eine kurze Diskussion, in der alle Redner den meisten Ausführungen des Referenten zustimmten. Der letzte Punkt der Tagesordnung: „Remuneration des Vorstandes“, brachte noch recht lebhaft Debatten, an deren Schluß ein Mühlhäuser Antrag, der die Regelung nach Maßgabe des Beschlusses der Bezirksvorsitzerkonferenz dem Bezirksvorstand überläßt, angenommen. Da die Zeit ziemlich weit vorgeschritten war und viele Mitglieder noch eine längere Bahnsahrt vor sich hatten, wurde die Versammlung geschlossen. Ihr war auch diesmal wieder eine kurze Vertrauensmännerführung vorausgegangen. In der Mittagspause hielt die vor kurzem gegründete Typographische Vereinigung Gotha eine von seiten der Kollegen zahlreich besuchte Druckausstellung ab. Ebenso fanden sich die Maschinenmeister des Bezirks zu einer kurzen Versprechung zusammen. — Überds hielt der Gesangverein Typographia im „Waisenhof Bierhaus“ einen Familienabend ab, welchem auch auswärtige Kollegen beiwohnten. — Die nächste Bezirksversammlung findet in Langensalza statt.

Th. Graubenz. Zu der am 27. Februar abgehaltenen Monatsversammlung hatte der Vorstand die Kollegen der Firma Kulerski eingeladen, um sie für den Verband zu gewinnen. Von 13 hatten 11 der Einladung Folge geleistet. Der Vorsitzende Albrecht gab zunächst bekannt, daß der Augenarzt Dr. Levy für die nächste Versammlung einen Vortrag über Augenkrankheiten in Aussicht gestellt habe. Der Vorsitzende nahm sodann das Wort zu einer Ansprache an die Kollegen von Kulerski, seine Freude äußerte, daß sie fast vollständig der Einladung Folge geleistet haben. Hierdurch schon hätten sie befundet, daß bei ihnen ein Interesse für unsere Organisation vorhanden sei. Wenn sie auch in einem polnischen Geschäft arbeiten, so könnten sie doch dem deutschen Verbands beitreten. Im Verbands seien wir nur Buchdrucker. Wir schließen politische, religiöse und nationale Bestrebungen aus und verfolgen nur wirtschaftliche Zwecke. Trotz aller Anfeindungen von rechts und links sehe unser Verband stolz und erhaben da. Seine glänzenden Erfolge hat er nicht zum mindesten seiner in der Neutralität bewährten Taktik zu verdanken. Redner gab dann noch einige Ziffern aus der Entwicklung in den letzten Jahren und bemerkte, daß es nicht unsere Aufgabe sei, mit großen Zahlen zu prunken, immerhin seien sie ein Maßstab, an dem man die Macht und Größe des Verbandes erfassen könne. In längeren Ausführungen freiste Redner nun das Unterstützungsweien, besprach die Hauptaufgaben des Statuts und stellte diesem Wiede gegenüber den polnischen Verband, dem die Kollegen von Kulerski angehören. Mit seinen etwa 200 Mitgliedern und 1 M. wöchentlichen Beitrag, was sei er gegen unsern Verband mit seinen 56000 Mitgliedern und seinen glänzenden Kasseneinrichtungen? Wenn man den polnischen Verband auch nicht mit dem Gutenbergsbund, einer Streikbrecherorganisation vergleichen könne, so sei es doch klar, daß er neben dem Verbands keinerlei praktische Existenzberechtigung hätte. In warmen Worten forderte er die Kollegen nochmals auf, dem Verbands beizutreten, ermahnte sie zur Einigkeit und wies auf die Beipflichter Kollegen hin, die, gleichfalls in einem polnischen Geschäft arbeitend, sich uns angeschlossen hätten. Ein Kollege von der Firma Kulerski gab hierauf einigen Aufschluß über den polnischen Verband, der bei 1 M. wöchentlichen Beitrag nur Kranken- und Arbeitslosenunterstützung gewähre und wünschte den Übergang derselben in den deutschen Verband. Sie möchten alle gern zu uns überreten, jedoch habe ein großer Teil bereits über zehn Jahre gesteuert und sie würden so aller Rechte verlustig gehen. In der Debatte wurde darauf hingewiesen, ein großer Teil der Kollegen der Firma Röhre habe seinerzeit auch die Ansprüche auf die Firmenüberunterstützung bei der Prinzipalskaffe fahren lassen und sei dem Verbands beigetreten. Der Vorsitzende bemerkte, daß eventuelle die Gewährung von Vergünstigungen den übertritt erleichtern werde. Seitens der Kollegen der Firma Kulerski wurde nun um Bedenktlichkeit gebeten und erklärt, daß sie zunächst in einer Druckereiversammlung über den Beitritt sich schlüssig werden wollten. Weiter wurde beschlossen, den die Zahlstelle Graubenz besuchenden Ausgesandten 2 M., den Nichtbezugsberechtigten 1,50 M. aus der Ortskasse zu gewähren. Beim Punkte „Verschiedenes“ wurde die öftere Veranstaltung von Vorträgen gewünscht, u. a. wurde dem Wunsch Ausdruck gegeben, von Hauptvorstand oder der „Korr.“-Redaktion einen Referenten zu gewinnen. Der Vorsitzende versprach in dieser Angelegenheit Schritte zu unternehmen. Nachdem dann noch einige interne Angelegenheiten erledigt, erfolgte Schluß der interessant verlaufenen Versammlung. — Auf ein Gesuch des Vorsitzenden, der Zugehörigkeit seiner Gehilfen zu unserm Verbands keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen, ist von Herrn Reichstagsabgeordneten Kulerski, dem Inhaber der Firma Kulerski, inzwischen ein Schreiben eingegangen, worin er mittel, daß er auf seine Angestellten seinen Druck nach irgendwelcher Richtung hin ausübe. Er überlasse es ihrem Ermessen, zu tun, was die Führung ihres Standes erheischt resp. die Vertretung der Interessen desselben. Zum Schluß empfahl Herr Kulerski, mit dem Verbands der polnischen Buchdrucker in Verhandlungen zu treten zwecks Angliederung desselben an den deutschen Verband.

Katowik. (Maschinenmeisterverein.) Am 21. Februar hielt unser Verein, der nun ein Jahr besteht, seine erste Generalversammlung ab. Es wurde beschloßen, sich an die Zentralkommission anzuschließen. Unter den drei Anmeldungen zum Vereine war eine aus Myslowitz. Die Vorstandswahl ging glatt vonstatten. Zum ersten Vorsitzenden wurde Kollege Turczynski neu- und zum Kassierer Kollege Wenzel wiedergewählt. Der Verein hält schon an mehreren Sonntagen einen Weischniederfest ab, woran sich auch Gesellkollegen beteiligen. Aus Sosnowice (Rußland) haben sich jetzt auch mehrere Kollegen dazu gemeldet.

R. Kiewe. Das verlossene Geschäftsjahr kann im großen Ganzen als befriedigend bezeichnet werden. Differenzen, die durch Einführung der Kontrolle an der Selmachine usw. bei der Firma Stary (Inhaber L. Nomen) entstanden waren, wurden durch Vorgehen des Personals in Verbindung mit dem Bezirksvorsitzenden Erlelung beseitigt. Zu den bestehenden drei Tariffirmen ist im verlossenen Jahr eine vierte gekommen, indem der Faktor Bösmann, ein langjähriges Verbandsmitglied, sich etablierte. Der Mitgliederbestand beträgt augenblicklich 29, gegen 25 Anfang des Jahres 1908. Nichtmitglieder sind noch neun vorhanden, wovon drei Gutenbergsbinder sind. Mit Befriedigung ist es zu verzeichnen, daß die Firma Böß die tägliche Arbeitszeit von 9 1/2 auf 9 Stunden reduzierte, so daß jetzt sämtliche Tariffirmen am Orte die

neumündige Arbeitszeit eingeführt haben. Dem Tarife fern stehen noch zwei kleinere Druckereien, was in der Hauptsache den dort beschäftigten unorganisierten Gehilfen zuzuschreiben ist. Meserats gewerkschaftlichen Inhalts wurden zwei gehalten, und zwar durch Gavourstehrer Albrecht und den Bezirksvorsitzenden Ertelung. Der Versammlungsbefuch ist mit 80 Proz. als ein guter zu bezeichnen, einzelne Kollegen sind jedoch auch hier permanente Schwänzer. Die Entnahme von Büchern aus der Bibliothek könnte eine bessere sein. Im Oktober hat sich hier eine Typographische Vereinigung gebildet, welche sich sehr gut entwickelt.

Leidwischen a. Nh. Die Hauptversammlung des Ortsvereins fand am 27. Februar statt. Aus dem Jahresberichte des Vorsitzenden sei erwähnt: Die Anstellung eines besoldeten Verwalters für den Gau Mittelrhein hatte die Auflösung der hiesigen, seit 29 Jahren bestehenden Zahlstelle im Gefolge. Als Asyl für durchreisende Kollegen gilt die Gewerkschaftsherberge „Zum Edelweiss“. Die tariflichen Verhältnisse am Orte gaben zu nennenswerten Klagen keinen Anlaß. Das seit einem halben Menschenalter vom Ortsverein innegehabte Vereinslokal, in dessen Logiskäumen so mancher Durchreisende gastliche Aufnahme fand, wurde gegen Ende des vergangenen Jahres mit einem andern Lokale vertauscht. Anlaß dazu bot der Umstand, daß das Vereinszimmer mit dem Anwachsen der Mitgliedschaft für viele Veranstaltungen zu klein wurde. Das Verbleiben des Vereinswirts Wreitung und das Ausschneiden dieser mit dem Buchdruckerleben so vertrauten Wirtsfamilie ließen den Lokalwechsel um so erklärlicher erscheinen. Wenn wir auch ein schönes, geräumiges, neues Heim besitzen — das kollegiale Leben hat unter den neuen Verhältnissen Einbuße erfahren. Vorträge beschreibenden Inhalts hielten: Stadtschreiber Distingger sowie die Kollegen Graff, Hammer und Janßen. Kurz vor Jahreschluss legte der Vorsitzende Gerisch sein Amt nieder; an dessen Stelle wurde der seitherige Schriftführer Most gewählt. Der Versammlungsbefuch war im allgemeinen ein guter. An den gewerkschaftlichen Vorgängen am Orte, die die Gesamtarbeiterchaft berühren, nahm unser Ortsverein den regsten Anteil. Der neugegründeten Gesellschaft mit beschränkter Haftung zur Erbauung einer Gewerkschaftsherberge traten wir als unterstützende Körperschaft bei. Die Bibliothek wurde mit der Zentralarbeiterbibliothek verschmolzen, welcher 130 Bände Unterhaltungsliteratur überwiesen wurden.

Magdeburg. Die Graphische Gesellschaft Magdeburg hatte im Monat Februar zwei Veranstaltungen größern Stils: am 21. Februar eine Kalenderausstellung und am 27. Februar einen Lichtbildervortrag. Die Kalenderausstellung, welche noch durch eine Rundsendung des Verbandes der Typographischen Gesellschaften (Stuttgarter Illustrationsdrucke) und die überaus nett ausgeführten praktischen Schülerarbeiten der Münchner Buchdruckerschule ergänzt wurden, war von einer großen Anzahl Firmen des In- und Auslandes besichtigt. Die Arbeiten standen zum größten Teil durchaus auf der Höhe der Zeit. Die Ausstellung erfreute sich eines starken Besuchs, es wurden über 700 Personen gezählt. — Der Lichtbildervortrag behandelte das inhaltreiche Thema: „Die Entwicklung der Buchdruckpresse von der Handpresse bis zur 64seitigen Rotationsmaschine“. Kollege Kühnast als Vortragender verstand es, den Zuhörern die allmähliche Entwicklung der Buchdruckmaschine vor Augen zu führen. Das überaus umfangreiche Material, das der Vortragende in 2 1/2 Stunden den zahlreich erschienenen Zuhörern unterbreitete, wurde durch 60 klare Lichtbilder, die die Entwicklung von der alten Holzpresse zu den modernen Wunderarbeiten der Sechsfarbenrotationsmaschine erst recht deutlich werden ließen, bestens vervollständigt. Der Vorstand der Graphischen Gesellschaft Magdeburg macht auf Wunsch diesen Lichtbildervortrag auch auswärtigen fachtechnischen Vereinigungen zugänglich.

Mainz. (Typographische Vereinigung.) Am 27. Februar fand unsere Generalversammlung statt, die zunächst den Jahresbericht des Vorsitzenden entgegennahm, worüber noch besonders berichtet werden wird. In dem neuen Vorstand bekleidet R. Geisler das Amt des Vorsitzenden. Ferner wurde eine fünfgliedrige technische Kommission gewählt. Eine Rundsendung (Münchner Fachschularbeiten) lag aus. Dieselbe wurde auch der Allgemeinheit zugänglich gemacht, indem sie bei der am 28. Februar stattgefundenen Bezirksversammlung zur Auslage gelangte.

Mainz. (Maschinenmeisterklub.) Am 1. März fand unsere diesjährige ordentliche Generalversammlung statt, welche einen besondern Besuch verdient hätte. Nach Erledigung des „Geschäftlichen“ erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht über das zwölfte Geschäftsjahr. Dasselbe kann als ein ruhiges bezeichnet werden, das nur durch die Verhandlungen der Spartenfrage auf der Kölner Generalversammlung sowie die Amtsniederlegung der Zentralkommission einige Belebung erfährt. Die Einführung der Sonderbestimmungen für Drucker und Maschinenmeister kann als gelungen betrachtet werden, so daß nur einzelne, sich aus dem täglichen Arbeitsverhältnis ergebende Unstimmigkeiten zu verzeichnen waren. Der Versammlungsbefuch läßt zu wünschen übrig; hält es doch über die Hälfte der Mitglieder nicht für notwendig, ihren Spartenversammlungen beizuwohnen. Die Mitgliederzahl stieg von 51 auf 62, bei ungefähr 70 im Verband organisierten und am Orte beschäftigten Maschinenmeistern. Den finanziellen Teil des Jahresberichts erstattete der Kassierer, wofür denselben Entlastung erteilt wurde. Bei dem Punkte „Vorstandswahl“

mußte der Vorstand in seiner größten Mehrheit neu gewählt werden, da die meisten der bisherigen Vorstandsmitglieder eine Wiederwahl ablehnten. Doch gelang es innerhalb kurzer Zeit, den Vorstand aus den Reihen der Anwesenden zu ergänzen. (Siehe Adressenveränderungen.) Den scheidenden Vorstandsmitgliedern wurde der Dank der Versammlung ausgesprochen, insbesondere dem ersten Vorsitzenden Hugo Bente wurde für seine langjährige, erprießliche Tätigkeit im Dienste der Maschinenmeisterbewegung und unsers Klubs gebührende Anerkennung zuteil. Interne Angelegenheiten bildeten den Schluß der Versammlung.

München. (Maschinenmeisterklub.) Die am 28. Februar abgehaltene Monatsversammlung erfreute sich eines beinahe vollständigen Besuchs. Nach erfolgten Neuaufnahmen in die Vereinigung und Erledigung des überaus geschäftlichen Zeils wurde eine Angelegenheit behandelt, die den Arbeitsnachweis am Orte und die Firma Virl & Co. („Münchner Post“) betrifft. Es machte sich dortselbst die Einstellung eines fünften Maschinensehers notwendig. Die Firma hat aber den Arbeitsnachweis am Ort umgangen, trotzdem die Geschäftsarbeitsordnung einen Passus vorsieht, daß bei Personalbedarf die Arbeitsnachweise am Orte zu benutzen sind, und trotzdem in fraglicher Zeit infolge Eingehens einer größeren Tageszeitung sowie des Umstandes, daß eine größere, fortlaufende Arbeit vom Orte weg kam, fünf Vintotypeseher zurzeit im Handlabe tätig sind. Es wurde also eine Kollege aus fester Konfession von auswärts auf Offerte hin engagiert. Auf gemachten Vorschlag des Ortsvorsitzenden und Arbeitsnachweiserwalters Böhling, der auch zu dieser Versammlung eingeladen und erschienen war, sowie des Gehilfenvertreters Seig, daß eine derartige Mißachtung unsers Arbeitsnachweises böses Blut mache, speziell bei den Maschinensehern, meinte die Firma, daß unter den hiesigen arbeitslosen Sehern keine für ihren Betrieb notwendige Kraft sich befinde, denn dieselbe reflektiere auf einen „perfekten, flinken, mit der Doppelmagazinlinotype voll vertrauten Gehilfen, der außerdem alle Störungen und Reparaturen in eigener Person beherrscht“. In der Versammlung konnte aber der Nachweis erbracht werden, daß der engagierte Seher weder aus einem Geschäft mit Vintotypendoppelbeder kam, noch an einer solchen Maschine gearbeitet hat. Der diesbezügliche Einwand der Firma Virl & Co. gegen die Benutzung unsers Arbeitsnachweises war demnach auf ihre Unrichtigkeit zurückgeführt. In der über dieses Vorkommnis gepflogenen Debatte sprachen sich alle Redner sehr mitleidig über die Umgebung des Arbeitsnachweises aus; es wurde festgestellt, daß unter den arbeitslosen Maschinenseherkollegen zum mindesten zwei Kollegen sich vorfinden, die sicherlich auch den Anforderungen der Firma entsprochen hätten. (Es befinden sich darunter ein ehemaliger Instruktorensowie ein Kollege der herrens ein neunjährige Praxis in einem Zeitungsbetriebe hinter sich hat. Der Schriftführer.) „1. a. wurde auch von einem Redner auf eine erst kürzlich erschienene Notiz in der „Münchner Post“ hingewiesen, in der es als eine Beleidigung der ganzen Arbeiterchaft bezeichnet wurde, als Arbeitgeber ihre Arbeitskräfte von auswärts bezogen und die am Ort arbeitslos liegenden als unbrauchbar schilderten. Es ist im Grunde genommen von der Firma Virl & Co. wohl das gleiche getan worden. Von anderer Seite wurde auch noch ein früher vorgekommener Fall der Umgebung des Arbeitsnachweises vorgebracht, wenn auch nicht in so deutlicher Weise gehandelt wie der jetzige. Die Versammlung sprach den Wunsch aus, daß in Zukunft derartige unliebsame Vorkommnisse hintangehalten bleiben, und ersuchte die Kollegen genannter Firma, der Arbeitsordnung kräftig Nachdruck zu verleihen.

m. Neubabelsberg b. Potsdam. (Graphischer Klub.) Hier selbst wurde ein Graphischer Klub gebildet, dem etwa 25 Kollegen beitraten. Eingeleitet wurde dieses Unternehmen durch Abhaltung einer Druckfachausstellung, wozu die Schriftgießereien Berthold, Schelter & Giesecke, Stempel, die Firma Rodtroy & Schneider usw. gutes Material eingekauft hatten, wofür wir auch an dieser Stelle den beteiligten Firmen danken. Die bisher abgehaltenen Klubstiftungen hatten sich eines sehr guten Besuchs zu erfreuen; auch ein Vortrag seitens des Vorsitzenden über „Das Ausschließen von Druckformen“ fand Beifall. Der Vorstand besteht aus folgenden Kollegen: H. Otto, Vorsitzender; D. Ender, Kassierer. Am 11. März wird der bekannte Binoelumkünstler, Kollege. Ph. Wilhelm (Berlin), im Restaurant „Zum Einsiedler“ in Neubabelsberg einen Vortrag halten über: „Die Vorzüge des Binoelumplattenchnitts“, und hiermit eine Ausstellung von Arbeiten seiner Schüler veranstalten. Kollege Wilhelm ist gern bereit, auch anderen Graphischen Vereinigungen einen Vortrag über dieses Thema zu halten. Alle größeren Vereine werden gebeten, durch Überweisung von Druckproben usw., uns zu unterstützen, und etwaige Sendungen an unsern Schriftführer W. Würche, Nowanows bei Potsdam, Goethestraße 13 II, zu richten.

Kommers. Am 27. Februar fand im Anschlusse an die Monatsversammlung ein Kommerz zu Ehren der 25jährigen Mitgliedschaft des Kollegen R. Knade statt. Die Beteiligung war selten gut: von 40 Mitgliedern waren 38 erschienen. Als Ehrengabe wurde dem Jubilär ein Weinstuhl überreicht. Ansprachen, Vorträge des Gewandvereins Typographia und der fidel verlaufene Kommerz hielten die Mitglieder viele Stunden frühlich zusammen.

Osnabrück. Wenn der Vorsitzende Rabes in der Januarversammlung an die Kollegen die dringende Mahnung richtete, sich in diesem Jahre mehr als bisher am Vereinsleben zu beteiligen, so zeigte sich in der am

28. Februar abgehaltenen Generalversammlung, daß hierorts bei einem übergroßen Teile der Mitglieder für derartige ernste Wünsche sehr wenig Verständnis herrscht. Von 74 Mitgliedern hatten sich nur 31 eingefunden, obwohl bei der wichtigen Tagesordnung auf einen Besonderen besondern Besuch gerechnet werden mußte. Insbesondere sind es die Maschinenseher einer größeren Firma (um diese Herren nicht allzu sehr bloßzustellen, soll die Firma nicht näher bezeichnet werden), die sich in corpore durch regelmäßigen Versammlungsbefuch hervortun; auch diesmal war kein einziger von ihnen anwesend. Da die Gründe hierfür bekannt sind, muß man dieses Verhalten denn nicht als Hanswurkerei, so doch mindestens als kinderei bezeichnen. Auch ein Teil der Kollegen in der „Volkzeitung“ verbeugte sich durchaus nichts, wenn er wenigstens ab und zu die Versammlungen mit seinem Besuche besuchte. In seinem Jahresberichte führte der Vorsitzende einleitend aus, daß sich das Vereinsleben im vergangenen Jahr in „ruhigen Bahnen“ abgewickelt habe, d. h. das Verhältnis zwischen Prinzipalen und Gehilfen war ein zufriedenstellendes. An sich ist das „ruhige“ Vereinsleben ja die notwendige Konsequenz des oben Gesagten. Die Firma Risling ist noch immer die einzige, welche ihren Gehilfen Ferien bewilligt; die Inhaber der übrigen Druckereien zeigen zur Nachahmung keine Neigung. Die Vorstandswahl ergab die Bestätigung der bisherigen Vorstandsmitglieder im Amte. Der Vorsitzende und mit ihm einige andre Kollegen bezeichneten es als einen Mißstand, daß die vom Gewerkschaftskartelle benötigten Druckmaschinen zum größten Teil in der sozialdemokratischen Parteidruckerei in Hannover hergestellt würden. Nach längerer Debatte, in welcher auch gegenteilige Ansichten zum Ausdruck kamen, wurde eine im Sinne der Beschwerdeführer gestaltete Resolution mit 13 gegen 9 Stimmen angenommen, die die Einreichung derselben bei der zuständigen Stelle jedoch vorläufig vertagt. Unsere Kartellbelegierten sollen zum wiederholten Male dahin zu wirken versuchen, daß die betreffenden Druckmaschinen tunschnst in Osnabrück hergestellt werden.

Bezirk Ostfriesland. Unsere diesjährige Jahresversammlung fand am 28. Februar in Ems statt. Erschienen waren aus Aurich 13, Emden 18, Ems 7, Leer 8, Norden 14, Weener 4 und Westphaldersehn 1 Kollege; nicht vertreten waren die Druckorte Vorum, Nordorney und Papenburg. Die Kollegen der beiden ersten Druckorte waren wohl der schlechten Verkehrsverhältnisse halber am Erscheinen verhindert. Nachdem der Bezirksvorsitzer Kromminga in seiner Begrüßung darauf verwies, daß in Ems zum erstenmal eine Bezirksversammlung stattfinde, nahm auch Kollege Feeken (Ems) das Wort, um im Namen der Mitgliedschaft Ems die erschienenen Kollegen willkommen zu heißen. Der Vorsitzende gedachte sojann der verstorbenen Kollegen Anton Kieße und Julius Goldhamer in Aurich und Christian van der Welde in Emden, welche der unerbittlichen Tod in kurzer Reihenfolge von uns riß. Ein Begrüßungsschreiben der Nordorneyer Kollegen gelangte noch zur Verlesung. Die Feststellung der Präsenzliste ergab, daß 65 Kollegen anwesend waren. Der gedruckte vorliegende Vorstandsbericht und die Berichte aus den Mitgliedschaften wurden ohne jegliche Kritik genehmigt. Bevor in die Beratung der gestellten Anträge eingetreten wurde, begrüßte der Vorsitzende unsern mittlerweile eingetrossenen Gavourstehrer Niska (Bremen). Der vom Ortsvereine Norden gestellte Antrag: „Auf jeder Bezirksversammlung ist das Protokoll der letzten Versammlung zu verlesen“, wurde dahin umgeändert, daß dem gedruckten vorliegenden Vorstandsberichte jedesmal die Beschlüsse der Bezirksversammlung beigefügt werden. Ein Antrag Leer: „Im Spätkommer ist eine außerordentliche Bezirksversammlung nach Nordorney einzuberufen, und soll der Bezirksvorstand versuchen, den Kollegen Reghäuser aus Leipzig als Referenten zu gewinnen“, wurde dem Bezirksvorstande zur Berücksichtigung überwiesen. Des weitern wurden die Anträge des Vorstandes: „1. Einführung von Quittungskarten; 2. da die Satzungen des Bezirks unbedingt einer Korrektur bedürfen, möge die Bezirksversammlung den Vorstand beauftragen, bis zur nächsten Versammlung ein neues Statut auszuarbeiten“, angenommen. Ein Antrag Norden, Abänderung des § 9 des Bezirksstatuts, wurde gleichfalls dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen. Weiter lag ein Antrag Leer vor: „Die nächste Jahresbezirksversammlung ist nach Weener einzuberufen“, wurde aber abgelehnt; dafür aber auf Vorschlag Leer mit Stimmenmehrheit als Ort der nächsten Jahresbezirksversammlung bestimmt. Nach der Mittagspause gab uns zunächst Kollege Niska (Bremen) in seinem Vortrage „Welches sind unsere Aufgaben und wonach müssen wir streben?“ allerlei Anregendes. Durch lebhaften Beifall dankten die Anwesenden dem geschätzten Referenten. Die Festsetzung der Remuneration wurde in alter Fassung belassen und zugleich für das laufende Jahr mitbewilligt. Vorort bleibt wie bisher Leer, der alte Vorstand wurde per Akklamation wiedergewählt. Unter „Sonstiges“ gelangten die Zirkulare 1 und 2 des Zentralvorstandes zur Kenntnisnahme. Mit der neuen Art der Aufnahmerteilung ist man nicht einverstanden, und befreit der Regelung der Gauschüsse und Aufhebung der Bezirke erklärte sich die Bezirksversammlung gleichfalls für die bisherige Selbständigkeit.

Plauen i. V. Nach vorausgegangener kurzer Monatsversammlung des Ortsvereins, in der die üblichen Monatsgeschäfte erledigt wurden, fand am 28. Februar im „Gewerkschaftshaus“ eine öffentliche Versammlung des Agitationsbezirks statt, zu der Kollegen aus Treuen, Eisnitz, Reichenbach und Greiz erschienen waren. In

mit reichem Beifall aufgenommenen einstündigen Ausführungen referierte Kollege Stoy (Chemnitz) über die im November abgehaltene Tarifausfußßigung und Gaurvorsteherkonferenz. Die sich anschließende Debatte war eine sehr ausgedehnte. Hauptächlich wurde die Neuierung in der Aufkunsterteilung kritisiert und eine Resolution in diesem Sinne angenommen. Hierauf wurden noch einige tarifliche Angelegenheiten in der Provinz besprochen und damit hatte die anregend verlaufene Versammlung ihr Ende gefunden.

Radolfzell. Am 27. Februar hielt der hiesige Ortsverein seine Generalversammlung ab, die vollständig besucht war. Jahres- und Klassenbericht wurden genehmigt. Die Mitgliederzahl ist von 11 auf 13 am Jahreschluß 1908 gestiegen. Die erste Hälfte des Jahres mit ihren allgemein interessierenden Vorgängen und dem Vorkommen kleinerer Differenzen am Orte, die durch Eingreifen der Instanzen beigelegt wurden, gestalteten das kollegiale Leben lebhafter. Es gelang, für die Maschinenleger die achtstündige Arbeitszeit zu erringen und auch sonst einige Verbesserungen zu erzielen. Der Sozialaufschlag von 2½ Prozent wurde glatt eingeführt. Unser Bestreben, die neunstündige Arbeitszeit zu erzielen, hatte nur den Erfolg, daß sich die Herren Prinzipale bereit erklärten, sie vom 1. Juli 1910 an einzuführen. Die Neuwahlen ergaben die einstimmige Wiederwahl der amtierenden Kollegen: Strobel als Vorsitzender und Edelmann als Kassierer. Unter „Verschiedenes“ wurden die sanitären Verhältnisse in den Druckereien besprochen, es sollen auftretende Mischstände an zuständiger Stelle unterbreitet werden. Ebenso rief der Kartellbericht des Kollegen Edelmann eine lebhafteste Aussprache über das Wirken und die Erfolge des Gewerkschaftskartells hervor.

Waldburg (Schles.). Am 28. Februar fand hier selbst die seitens des Ortsvereins Waldburg des Verbandes der Deutschen Buchdrucker und der Zahlstelle Altwasser des Verbandes der Lithographen und Steinbrucker einberufene öffentliche Protestversammlung gegen die Anzeigsteuer- und Reklamegesetzvorlage statt. Während die Mitglieder der beiden Hilfsverbände sehr zahlreich erschienen waren (zum Teil aus ziemlicher Entfernung), ließ der Besuch seitens der Inserenten und sonstigen an der Steuervorlage interessierter Geschäftsleute vermissen, noch nicht alles zu wünschen übrig. Referent war unser Kollege Steinbrucker aus Breslau. Er schilderte in feinseltener Weise, welche Umstände und Unkosten z. B. die Inseratensteuer einem Zeitungsverleger auferlegen würde, ganz abgesehen davon, daß dadurch, daß die Steuerbeamten berechtigt sind, jederzeit Einsicht in die Geschäftsbücher zu nehmen (z. B. zur Feststellung der Abbonnentenzahl), den Abbonnenten, besonders politischer Zeitungen, Schäden erwachsen könnten. Hierauf ging Redner zur Plakatsteuer über. An interessanten Berechnungsbeispielen zeigte Redner, daß bei einer gewissen Auflage in Städten mit einer bestimmten Einwohnerzahl die Steuer das Doppelte der Herstellungskosten der Plakate ausmachen würde. Das ganze Steuerprojekt treffe zwar die Prinzipale und Inserenten in erster Linie, aber am schwersten würden die Arbeitnehmer im graphischen Gewerbe getroffen werden, denn durch die durch die Steuer bedingte Einschränkung der Ausgaben der Geschäftsleute für Inserate und Plakate würden die graphischen Betriebe wohl viele Arbeiter entlassen oder mit verkürzter Arbeitszeit arbeiten. Grund und Ursache genug, energisch gegen diese Steuer Stellung zu nehmen. Leider Beifall belohnte den Redner für seine trefflichen und klaren Ausführungen. Folgende Resolution gelangte sodann einstimmig zur Annahme: „Die heute, am 28. Februar 1909, im Schützenhaus“ zu Waldburg i. Sch. tagende, von 260 Personen besuchte öffentliche Versammlung erhebt sich schärfsten Protest gegen die Steuervorlage der deutschen Reichsregierung. Insbesondere erhebt sie Protest gegen den gesamten Entwurf eines Anzeigergesetzes und erwartet die Ablehnung dieser das graphische Gewerbe schwer schädigenden Gesetzesvorlage. Hat schon jetzt das Buchdruck- und vor allen Dingen das lithographische Gewerbe mit der größten Arbeitslosigkeit zu rechnen, wobei neben den vielen Arbeitslosen noch sehr viel bei verkürzter Arbeitszeit, ja sogar halbe Tage arbeiten, so gebietet allein schon der gesunde Menschenverstand, daß es endlich an der Zeit ist, diesem das Gewerbe schwer schädigende Treiben mit Schärfe entgegenzutreten. Der von der Steuer erhoffte Betrag von 33 Millionen Mark pro Jahr wird zweifellos infolge Rückgangs der Reklame auch nicht annähernd erreicht werden und steht in keinem Verhältnis zu der durch den Entwurf hervorgerufenen unheilbaren Schädigung des gesamten Druckgewerbes. Die Versammelten erwarten aus dem Angeführten strikteste Ablehnung aller das gesamte Volksleben tief schädigenden Steuerprojekte und im Besonderen Ablehnung der Anzeigergesetzesvorlage.“

lk-Wiesbaden. Die Monatsversammlung vom 19. Februar beschäftigte sich einleitend ausführlich mit der Neuierung der Aufkunsterteilung. Der Gaurvorsteher Fuhs, der aus tariflichen Gründen gerade hier weilt, verteidigte diese neue Maßnahme, ihre Notwendigkeit eingehend darlegend. Es wurde dann bekanntgegeben, daß mit dem 1. April ein Quittungsbuch über geleistete Beiträge zur Einföhrung käme, welches in Händen der Mitglieder Uebe und gleichzeitig als Ausweis anderen Organisationen gegenüber diene. Wegen Amtsniederlegung des mehrjährigen ersten Vorsitzenden Wager ist eine Ersatzwahl vorzunehmen. Dieselbe findet nach Vorschlag des Vorstandes durch Urabstimmung im Bezirk statt und stellte die Versammlung den zweiten Vorsitzenden Holzhauser als Kandidaten auf. Alsdann erstattete Kollege Chemnitz Bericht von der Kreisamts-

sitzung am 10. Januar in Frankfurt a. M. Begrüßt wurde die Errichtung eines Arbeitsnachweises für Wiesbaden ab 1. April. Wir drücken schon heute den Wunsch aus, daß auch die Prinzipalität denselben stark benutzen möge. Nach Hinweis auf eine demnächst stattfindende öffentliche Versammlung, die vom Graphischen Kartell arrangiert ist und Stellung nehmen wird gegen die geplante Inseraten- und Reklamesteuer, wurde die Versammlung geschlossen.

Wismar i. M. Der 28. Februar galt einer Ehrendeser durch ein Augenleiden frühzeitig invalide gewordenen Kollegen Heinrich Schumacher. 17 Jahre lang, von 1892 bis jetzt, hat er als Vorsitzender und Kassierer die Geschäfte unseres Ortsvereins geleitet und allezeit die Interessen des Vereins und des Verbandes tatkräftig vertreten. Nach einer Ansprache des jetzigen Vorsitzenden, in der die Verdienste des Scheidenden gewürdigt wurden, wurde ihm ein Geschenk überreicht, für das der Gefeierte in tiefempfundnen Worten seinen Dank aussprach, zugleich noch die Kollegen ermahnd, allezeit festzuhalten an dem uns alle einigenden Verbände.

Rundschau.

„Der Zeitungsverlag“ und die „Deutsche Buchdruckerzeitung“ beschäftigen sich in ihren Nummern 9 resp. 10 in unqualifizierbarer Weise mit der Redaktion des „Korr.“ bzw. Nezhäuser. Da eine Erwiderung darauf recht umfangreich werden müßte, kann leider erst nach Beendigung der Artikelserie über die christlichen Gewerkschaften auf die Ausführungen der genannten beiden Organe eingegangen werden. Sie wollen sich bis dahin gebulden.

Die Waschzettelseuche ist ein schlimmes Charakteristikum des heutigen Zeitungswezens. Wer einigermaßen nur Kenntnis davon hat, wie die siebente Großmacht Tausende von Fliden und Flidchen aneinanderreicht, bis ihr dem Scheine nach so stolzes Rüstzeug — die öffentliche Meinung — zustande kommt, der wird weniger respektvoll denken über das, was ihm täglich als geistige Nahrung vorgefetzt wird. Ob für das öffentliche Leben eventuell von Bedeutung oder ob im privaten oder auch rein egoistischem Interesse des einzelnen gelegen, man setzt ein paar Broden auf, gibt ihnen einen Anstrich von Allgemeininteresse und versendet dann Hunderte von Exemplaren an die verehrlichen Redaktionen der guten nationalgesinnten Presse — und erreicht seinen Zweck. Denn in vielen Fällen haben die Redaktionen keine Zeit, zu prüfen, welchen Interessen sie mit Aufnahme der übersandten, schmachtig angedichteten Lederbüchsen eventuell dienen, sondern die liebe Not, eins, zwei- oder dreimal täglich die Spalten zu füllen, lernt beten, weswegen denn auch oft das unmöglichste Zeug Aufnahme findet; Sagen, von denen man bestimmt annehmen kann, daß die betreffende Zeitung mit ihnen nichts zu thun haben will. So geht es auch mit dem vom Arbeitgeberverband für das Buchdruckgewerbe in Massen hinauspedierten Waschzetteln, der Hauptmangel, die dieser Geheimbund entfaltet. Nur ganz wenige Blätter, die jetzt dessen demagogischen Wärmruf zur Masseninstellung von Befringlen im Buchdruckgewerbe aufnehmen, haben eine Ahnung von der damit betriebenen Brunnenvergiftung und billigen sie. Die andren fallen unbewußt darauf hinein, werden zu Opfern der Waschzettelseuche. Das kann z. B. von dem „Erfurter Allgemeinen Anzeiger“, dem verbreitetsten Blatte Thüringens, gesagt werden, das bei 100 Gehilfen keine oder nur ganz wenige Befringlen beschäftigt, die gemeinlichlichen Bestrebungen des Arbeitgeberverbandes im Buchdruckgewerbe aber durch Verbreitung von dessen Anzeigen zur Verhinderung fürberet. Das ist gewiß bedauerlich. Auch die „Deutsche Reichspost“ in Stuttgart, die „Wiesbadener Zeitung“ sowie der „Lebote“ in Kirchheim waren noch den Herren Gewerbeanarchisten zu Gefallen. Von diesen Blättern sind wir aber nicht so genau orientiert, daß sie praktisch dem abhold sind, was die Bestrebungen unserer Scharfmacherfiliale ausmachen. Jedenfalls sollte es doch ausgeschlossen sein, daß Blätter, deren Verleger und Drucker in der gegenwärtigen Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker das Beste für unser Gewerbe erblicken, sich zum Vorpspann der berückichtigten, von Tilleschem Geist erfüllten Arbeitgeberverbände gebrauchen lassen. Der „Korr.“ macht sich doch viele versa auch nicht zum Sprachrohr des Ibradikalismus! Die Waschzettelseuche unseres Scharfmacherverbändchens, der der „Korr.“ durch seine aufklärenden Darlegungen übrigens schon beträchtlichen Abbruch getan, wäre dann, was sie unbedingt werden muß: gegenstandslos.

Zur Unfallverhütung. Zwei in neuester Zeit wieder vorgekommenen Unglücksfälle an Ziegelmaschinen, bei welchen zwei Lehrlinge schwere Verletzungen erlitten, geben der „Papierzeitung“ Anlaß zu folgender Bemerkung: „Junge Leute sollten erst nach gewissenhafter Anleitung und unter strenger Vernehmung und dauernder Beaufsichtigung an mit Elementarkraft betriebenen Ziegeldruckpressen beschäftigt werden. In einer Berliner Druckerei, die mit 50 Ziegeldruckpressen arbeitet, sind im Laufe der Jahre nur ganz vereinzelt Unfälle an diesen Maschinen vorgekommen. Dort werden Arbeiterinnen und junge Leute bei ihrem Eintritt erst einige Zeit mit andren Arbeiten beschäftigt, dann werden sie unter Anleitung eines Maschinenmeisters an einem nur 500—700 Drude die Stunde leistenden Ziegel angelern, jeden Tag einige Stunden, anfangs ohne daß eine Form sich im Ziegel befindet. Erst wenn sie Sicherheit in der Bedienung der Maschine erlangt haben, werden sie voll beschäftigt.“

Über den Zwang zum Inserieren, welcher bekanntlich nach der Begründung der Reichsregierung zur Inseratensteuer in keiner Weise vorhanden ist, macht die Berliner Handelskammer in einer Eingabe gegen diese Steuer folgende bemerkenswerte Ausführungen: „Nach Feststellung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger gehören kaum 10 Proz. der Inserenten zu den sogenannten Großinserenten, d. h. zu den kapitalstärkigen Kreisen, welche der Entwurf im Auge hat. Den Hauptteil der Anzeigenden bilden die Inhaber mittlerer Betriebe, von denen die Spiegelgeschäfte im Detailhandel hier besonders in Betracht kommen. Ihnen gibt anerkanntermaßen die systematisch betriebene Reklame durch Inserate eines der wirksamsten Mittel an die Hand, um sich der Konkurrenz der großkapitalistischen Unternehmungen auf diesem Gebiete zu erwehren. Die Anzeigenerwerb wird demnach in ihrer ganzen Schwere die Spiegelgeschäfte im Kleinhandel treffen, zu deren Existenzbedingungen es gehört, daß sie durch stets wiederkehrende Anempfehlung ihrer Waren in geeigneten Blättern sich den alten Kundenkreis erhalten und neue Käufer werben. Dies ist eine so bekannte und so allgemein geliebte Geschäftsgebarung, daß man sehr wohl von einem Zwang zum Inserieren sprechen kann. Demgegenüber würde sich bei den Großinserenten die steuerliche Heranziehung weit weniger fühlbar machen. Abgesehen davon, daß sie bei den großen Beträgen, welche sie für Reklame ausgeben, Mittel und Wege für ihre geschäftliche Propaganda finden können, die der Steuer nicht unterliegen, sind sie eher als die Inhaber kleinerer und mittlerer Betriebe in der Lage, die Steuer auf den Verleger abzuwälzen oder aber eine Einschränkung ihres Ausgabenbetrags für Inserate in der Höhe der zu entrichtenden Steuer vorzunehmen. Diese Möglichkeiten sind der überwiegenden Mehrzahl der Inserenten verschlossen; denn bei kleineren Inseratenausträgen werden die Verleger derjenigen Zeitungen, in denen die Anzeige besonders wirksam ist, was in der Regel für die kapitalstärkigen Blätter zutrifft, sich einer Abwälzung der Steuer mit Erfolg widersetzen. Eine zum Ausgleich der Steuerbeträge vorgenommene Einschränkung der Aufwendungen für Inserate würde aber die mittleren Betriebe um einen Teil der Wirkung des für sie unentbehrlichen Propagandamittels bringen.“

Antiqua oder Fraktur? Der deutsche Reichstag beschäftigte sich in der letzten Zeit auch wieder einmal mit der Frage, ob die amtlichen Druckschriften des Deutschen Reichs in Antiqua oder in Fraktur herausgegeben werden sollen. Auf eine Anregung des Abgeordneten Dr. Stengel (Freisinnige Volkspartei), der für Bevorzugung der Antiqua eine lange Rede, antwortete der Abgeordnete Bindewald (Deutsche Reformpartei) folgendermaßen: Durch Wiederholung werden Anregungen wie die vom Kollegen Stengel gegebene nicht besser; ich würde mich, daß wir keine Ausführungen zum zweiten Male haben hören müssen. Es ist doch das Charakteristikum der lateinischen Schriftzeichen, der Antiqua, daß sie ründlich und daß also die Schriftzeichen leichter zu verwechseln sind als solche, welche edig und kantig sich darstellen. Auch Buchstaben aus Zehrentreihen können für ihn nicht ins Gewicht fallen. Wir bekommen auch Buchstaben aus dem Volke und auch aus Zehrentreihen, die das Entgegengesetzte bekunden. In dem heutigen Zeitalter der Verschachung müssen wir alles zu bewahren suchen, was unsere Eigenart darstellt. Dazu gehört auch unsere gute alte deutsche Schrift. Die Nützlich auf die übrigen Kulturnationen haben wir nicht zu nehmen, die der Abgeordnete Stengel verlangt, denn die Antiqualektern sind noch lange nicht die Lettern aller Kulturnationen. Auch die Japaner und die Chinesen sind heute Kulturnationen, ebenso die Russen und die slawischen Völker, und der Kollege Stengel wird nicht in Abrede stellen können, daß die Letzteren ihre eigne Schrift haben, die weniger aus dem lateinischen als aus dem Griechischen stammt. Die Tatsachen werfen die schulmeisterlichen Theorien des Kollegen Stengel über den Saufen. Ein lateinisch geschriebener Brief ist unleserlicher als ein deutsch geschriebener; daselbe gilt von dem Druck. Ein Buch in lateinischem Druck zu lesen ist geradezu ein Grauel. Neben den Männern der Wissenschaft haben wir hier im Hause auch Männer aus dem Volke, die deutsche Schrift auch weiter werden lesen wollen. Ich hoffe also nach wie vor, daß wir unsere Druckachen in deutschen Lettern erhalten. Abgeordneter Stengel antwortete auf diese Ausführungen: Ich habe für diese Rede kein Wort der Erwiderung übrig; sie richtet sich selbst. Ich glaube ja nicht, daß der Abgeordnete Bindewald nach dieser Richtung noch etwas lernen kann, aber diejenigen, die an der Bildung des deutschen Volks interessiert sind und an der Ausbreitung seiner Literatur im Umstande, wie für die Erleichterung seines geschäftlichen Betriebs, werden sich überzeugen, daß es wünschenswert ist, endlich zu der Schrift überzugehen, zu der alle europäischen Nationen bis auf Rußland und die Türkei übergegangen sind. Abgeordneter Bindewald: Der Vordredner hat nur allgemeine Redensarten gemacht und sich in das Gewand der Wissenschaft gebüllt. Ich kenne große und bedeutende Leute, die gewiß auch zu den Gebildeten gehörten, so den Fürsten Wismar, die ebenfalls Gegner der Antiqua gewesen sind. In dieser Gesellschaft befinde ich mich recht wohl und werde fortfahren, die deutsche Schrift gegen diese internationalen Angriffe zu verteidigen. Es dürfte also vorläufig alles beim alten bleiben; ein anderer Abgeordneter hat sich in dem Streit nicht eingemischt.

Die „Nachschfrage“ des ehemaligen Direktors Rühlenthal von der Reichsdruckerei ist immer noch nicht abgeschlossen. Denn auch für das verfloßene Jahr mußten laut Bericht der Reichsbank für 310000 Mk.

Grünthal'sche Scheine unter der Rubrik „Wahrscheinungen für gefälschte Banknoten“ gebucht werden. Im Jahre 1907 wurden für 740000 Mk. und im Jahre 1906 für 344000 Mk. gefälschte Grünthal'sche Scheine entdeckt und es unterliegt keinem Zweifel, daß auch jetzt noch derartige Scheine im Umlauf sind. Grünthal, der bis zum Jahre 1897 bei der Reichsdruckerei angestellt war, hatte, wie bekannt, Tausendmarknotenformulare, die bis auf den Nummern- und Stempelabdruck fertiggestellt waren, aus den Vorräten der Reichsdruckerei entwendet. Er nahm dann die Stempelung und Nummerierung der Scheine mit den Stempeln und Ziffern der Reichsdruckerei vor und brachte die Scheine, die von den echten nicht zu unterscheiden waren, in den Verkehr. Durch einen Zufall wurde im März 1898 sein verbrecherisches Treiben entdeckt. Während der gerichtlichen Untersuchung nahm sich Grünthal das Leben.

Das „Prinzenauer Wochenblatt“ und die reisenden Handwerksburschen. Die Stadtväter von Prinzenau, einem schlesischen Schuppenstädt in Kreife Sprottau, lehnten die Annahme einer Erbschaft ab, weil in dem Testament die Errichtung einer „Herberge zur Heimat“ auf dem mit diesem Vermächtnis der Stadt Prinzenau zufallenden Grundstück zur Bedingung gestellt wurde. Eine Stadtverordnetenversammlung soll sich aber nochmals mit dieser Sache befassen. Hieran knüpft nun der Herr Redakteur, Drucker und Verleger des Prinzenauer Intelligenzblatts in der Nummer vom 7. März folgende Sonntagspredigt: „Wir unferstets wollen nur hoffen, daß sich die Versammlung in der nächsten Sitzung zu derselben einstimmig ablehnenden Haltung bekennet, wie der Magistrat, denn es würden nur „sehr bedenkliche“ Menschen hierher gezogen und der jährliche Zuschuß seitens der Stadt würde ein sehr bedeutender werden, da doch diese „Reisenden“ Essen, Nachtquartier und schließlich eine kleine Unterfütterung erhalten müßten und das Institut eine kleine Hausvater anstellen müßte. Abgesehen davon, daß diese Leute uns eine neue Steuer auflegen, indem sie die Stadt vor und nach der Aufnahme in die Herberge erst noch abrafen, macht es für das Stragenbild durchaus keinen schönen Eindruck, wenn diese fragwürdigen Gestalten, von welchen wir, dank der energisch gehandhabten Fremdenpolizei, in den letzten Jahren verschont geblieben sind, umherpilgern. Beschäftigungen der Bürgererschaft würden wieder an der Tagesordnung sein, so daß schließlich die Anstellung eines zweiten Polizeibeamten notwendig werden würde.“ Daß z. B. der Schöpfer dieser „herrlichen“ und „gemütvollen“ Gedanken, Herr Reinhold Palastka in Prinzenau, auch keine blasse Ahnung von einer gewissen gewerblichen Ordnung im Buchdruckgewerbe, von der Tarifgemeinschaft, hat, versteht sich an Mande. Vielleicht dürften derartige Mängel durch Errichtung einer Kaltwasserheilstaht dortselbst, eintägigen, heiligt werden können.“

Die Ärzte lassen die Maste fallen. An die Adresse des Staatssekretärs v. Bethmann-Hollweg, welcher in sehr rüchsigvoller Weise in seiner Untoozt auf den an ihn gerichteten offenen Brief der organisierten Ärzteschaft zu erkennen gab, daß seine Respektierung der ärztlichen Standesinteressen sehr, sehr weitgehende sind, aber die gegenwärtige Taktik des Ärzteverbandes nicht seinen ungeteilten Beifall finde, richteten die Matadoren des Leipziger Ärzteverbandes folgenden Kriegsruf: „Darauf aber können wir dem Staatssekretär heute schon replizieren: Die deutsche Ärzteschaft ist zu einem Kampfe bis aufs Messer entschlossen und gekiffet, wenn ernstlich der Versuch unternommen werden sollte, an ihre wirtschaftliche Organisation zu rühren. Möglich, daß dann der Staatssekretär in seinen Idealen von der ärztlichen Berufspflicht noch mehr enttäuscht werden würde, als er es heute schon ist.“ Auch der Regierungspräsident von Köln, welcher es für notwendig fand, im gegenwärtigen Ärztestreit innerhalb seines Regierungsbereichs für die Respektierung des Gesetzes einzutreten, erhält folgende Mobilisationserklärung übermittelt: „Der Herr Regierungspräsident sollte vorsichtiger sein. Sein Erlaß wird in die öffentliche Erörterung gezogen, unvermeidlich. Und preussische Regierungspräsidenten stehen nicht so fest, daß nicht öffentliche Erörterungen sie umwerfen könnten. Der Herr Regierungspräsident von Köln mag sich darüber bei seinem ehemaligen Kollegen in Schleswig erkundigen. Auch auf der Kreishauptmannschaft in Leipzig kann er erfahren, ob man dort das Jahr 1904 als angenehme Erinnerung gebucht hat. Möge er sich ähnliches lieber ersparen, wir meinen es gut mit ihm.“

Bei der Gewerbegerichts Wahl in Kassel erhielten die freien Gewerkschaften sämtliche Sitze mit 3492 Stimmen, trotzdem die „Nationalen“ und die „Christlichen“ die riesigsten Anstrengungen machten, aber nur 142 Stimmen für sich aufbrachten.

Die Vernichtung der Gewerkschaften ist in der neuesten Zeit das hauptsächlichste Ziel der ungarischen Regierung. Nach den ungarischen Gesetzen ist es nämlich den Arbeitervereinen nicht gestattet, auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Mitglieder einzuwirken. Ebenso ist es verboten, außer den lagungsgemäßen Beiträgen noch besondere Beiträge für Streikunterstützung oder die Fachpresse zu erheben. Die Arbeitervereine dürfen nur den Charakter von Bildungs- und Unterstütuungsvereinen tragen. Wegen Verstoß gegen diese Bestimmungen hat nun die Regierung in letzter Zeit die Gewerkschaften der Lauffuhrwerker und Raffehausangestellten aufheben, ihre Lokale absperrern, ihre Vermögen und Bibliotheken beschlagnahmen lassen. Infolge dieser gewalttätigen Maßnahmen herrscht unter den ungarischen Arbeiterorganisationen begreiflicherweise ungeheure Empörung. In

einem Memorandum an die Regierung kündigte das Gewerkschaftssekretariat den Übergang zur geheimen Organisation an. Es wird in demselben ferner darauf hingewiesen, daß seit der Ministerfahrt des Grafen Andorffy in Ungarn vierhundert Arbeitervereine suspendiert oder aufgelöst, aber keine Statuten neuen Arbeitervereinen bewilligt, während die Statuten für dreihundert Unternehmerverbände vom Ministerium genehmigt wurden. Es wird dem Minister ferner mitgeteilt, daß die organisierte Arbeiterfahrt auf das Recht, Geldmittel für ihre Lohnkämpfe zu sammeln nicht verzichtet und hierfür eine für die Behörde unzugängliche Form wählen wird. Die Generalkommission der Gewerkschaften legt ferner den Plan, dem Minister des Innern sämtliche Statuten vor die Füße zu werfen, da es nicht gebildet werden kann, daß die Arbeiter in die Stammorganisationen, die unter behördlicher Aufsicht stehen, Beiträge einbezahlen, die dann von den Behörden einfach geraubt werden. Unser österreichisches Bruderorgan, der „Vorwärts“, bringt über den Weg, welchen nun die Gewerkschaften in Ungarn einschlagen wollen, folgende Einzelheiten: „Die Arbeiter, die den aufgelösten Organisationen angehört haben, sind auf einen klugen Ausweg verfallen. Sie haben nämlich beschlossen, die betreffenden Fachblätter zum Preise von 50 h pro Nummer zu verkaufen. Die Herausgeber der Blätter sind eben gute Kerle und zahlen den Abnehmern des Blatts im gegebenen Fall ebensoviel Unterstützung wie sie von der Gewerkschaft bezogen. Die Regierungsbetragten mögen ziemlich dumme Gesichter machen, ob dieses Vorgehens, aber tun können sie nichts dagegen, denn erstens kann jeder Zeitungsherausgeber sein Blatt zu welchem Preis immer verkaufen und zweitens kann es ihm auch niemand verbieten, wenn er einen in Not geratenen Abnehmer des Blatts „unterstützt“. Mit dem Totschlagen der Organisationen ist es also nichts, sie leben weiter, nur in anderer Form, in derjenigen, in der sie bei der reinen Willkürherrschaft eben leben können. Aber diese neue Form hat für die Regierungspaschas viel unangenehmere Seiten an sich als die rechtmäßig konstituierten Gewerkschaften hatten. Letztere konnte man überwachen und mancher Schritt mag unterbleiben sein aus Rücksicht auf die Überwachungsbehörden. Hat man doch vielfach von der Einhebung von Streifsteuern abgesehen, wenn sie auch noch so notwendig waren. Jetzt gibt es keine Überwachung, keine Kontrolle, man wird sich wenig genieren, wenn es notwendig ist, den Preis des Blatts zu erhöhen. Es wäre auch sehr dumm, wenn man es täte. Die Welt und auch Regierungen wollen betrogen sein und den Gefallen kann man ihnen schon erweisen. Neben dem Gesetz ist auch ein Weg und der ist gar nicht der schlechteste, wie wir in Österreich ja alle wissen. Auch wir dürfen von Rechts wegen nicht für Streikzwecke Beiträge erheben, was uns aber nie geniert hat, es dennoch zu tun, so daß wir heute gar keine Schamsucht haben, daß uns das Recht eingeräumt wird.“

Die Arbeitskammerkommission im Reichstage setzte inzwischen ihre Beratungen fort. Der § 12 wurde nach dem Wortlaute der Regierungsvorlage angenommen. Dadurch wird den Arbeitgebern größerer Betrieb ein Pluralwahlrecht eingeräumt. Dieses Pluralwahlrecht soll jedoch nicht obligatorisch zur Einführung kommen, sondern dem Ermessen der Aufsichtsbehörden überlassen bleiben. Der ganze Paragraph wurde zwar von den sozialdemokratischen Abgeordneten in der Kommission ganz entschieden bekämpft und dessen Streichung gefordert, da er in Wirklichkeit nur dazu dienen könne, die Arbeitgeber von kleineren Werken zu majorisieren, jedoch ohne Erfolg. Mit der Beratung des § 13 landete die Kommission an einer Klippe, welche bei dem Widerstande der reaktionären Parteien aller Wahrscheinlichkeit nach das ganze Gesetz zum Scheitern bringen kann. Dieser Stein des Anstoßes mit der ominösen Nummer 13 handelt nämlich vom sogenannten passiven Wahlrecht oder der Wählbarkeit in die Kammern. Die Regierungsvorlage knüpft an diesen Paragraphen zwei wichtige Voraussetzungen: erstens die Vollendung des 30. Lebensjahrs und zweitens eine mindestens einjährige Zugehörigkeit als Arbeitgeber oder Arbeitnehmer zu den Gewerbevereinen, für welche die Arbeitskammern errichtet sind. Die sozialdemokratischen Abgeordneten beantragten Gerabsetzung der Altersgrenze auf das 21. Lebensjahr und Fortfall der zweiten Bedingung, welche die einjährige Gewerbezugehörigkeit fordert. Angenommen wurde aber ein Zentrumsantrag, wonach das 25. Lebensjahr als Altersgrenze gelten soll und abgelehnt die Anträge, welche eine Streichung oder Erweiterung der Frist über die Gewerbezugehörigkeit zum Ziele hatten. Hierauf kam dann die Frage der Wählbarkeit von Angestellten der beruflichen Organisationen zur Beratung. Sowohl von den Sozialdemokraten wie Zentrum und Wirtschaftlichen Vereinigung lagen diesbezügliche Anträge vor, und zwar je nach Parteistellung in unterschiedlicher Weise, aber immerhin doch für die Wählbarkeit der Gewerkschaftsbeamten. Die Sozialdemokraten forderten dieses Recht ohne jede Einschränkung. Die Wirtschaftliche Vereinigung knüpfte daran die Bedingung, daß die Kandidaten wenigstens ein Jahr hindurch dem Gewerbe angehört haben müssen und ihre Gesamtzahl in der betreffenden Arbeitskammer ein Drittel auf beiden Seiten nicht übersteigen soll. Das Zentrum dagegen war nur für ein Viertel im letzteren Sinn und wünschte, eine dreijährige Gewerbezugehörigkeit der Berufsvertreter als maßgebend für deren Wählbarkeit zu beschließen. Regierung, Freikonservative und die Nationalliberalen waren ganz entschieden gegen eine Mitwirkung der Organisationsvertreter in den Kammern. Dagegen beantragten die Nationalliberalen, den

Werksmeistern, Betriebsbeamten und Technikern die Wählbarkeit als Arbeitgeber zu geben. Dies wurde von der Regierung sowie dem Zentrum und der Wirtschaftlichen Vereinigung bekämpft. Die weiteren, zum Teil sehr hitzigen Debatten über diese Frage, den Angestellten das Wahlrecht einzuräumen, führten zu einem Kompromißbeschlusse, der folgenden Wortlaut hat: „Wählbar sind auch solche Personen, welche denjenigen Gewerbevereinen, für welche die Arbeitskammern errichtet sind, wenigstens drei Jahre hindurch als Arbeitgeber oder Arbeitnehmer angehört haben und in den Bezirken, für welche die Arbeitskammern errichtet sind, wohnen, sofern die Voraussetzungen der Ziffern 1 und 3 in Absatz 1 gegeben sind. Die Anzahl darf je ein Viertel der Vertreter nicht übersteigen.“ Dieser Antrag fand Annahme mit einer geringen Mehrheit, und zwar noch mit dem Vorbehalte, daß derselbe bis zur zweiten Lesung noch eine andre Fassung erhalten soll. Im Namen der Nationalliberalen gab hierauf der Abgeordnete Heyl von Hertzheim die Erklärung ab, daß seine Partei nunmehr das ganze Gesetz ablehnen werde, und dieser Erklärung stimmten auch die konservativen Parteien zu. Es soll nach dieser Sachlage sogar fraglich geworden sein, ob die Nationalliberalen sich überhaupt noch an den weiteren Kommissionsberatungen beteiligen werden. Ferner schreibt ein tonangebendes nationalliberales Blatt zu der gegenwärtigen Situation in dieser Frage noch folgendes: „Der gleiche Kampf würde sich, falls diese erste Frage entschieden, wieder erheben, sobald es sich um die Frage der Öffentlichkeit der Verhandlungen handelt. Man will auf Seiten der Nationalliberalen unter keinen Umständen aus den Arbeitskammern keine Parlamente machen, in die der Streit der christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften hineingetragen wird, und die deren Sekretären nur dazu dienen, das Brillantfeuerwerk ihrer Rede leuchten zu lassen, anstatt daß in einer Aussprache der wirklich Beteiligten positive Beschlüsse zustande kommen. Da der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg in beiden Fällen die Anschauung der Minderheit aus seinerseits energisch vertreten hat, so ist es noch sehr zweifelhaft, ob die Regierung nicht das ganze Gesetz zurückzieht, wenn die jetzige Mehrheit vom Zentrum, Sozialdemokratie und Christlich-Sozialen auf ihrem Beschlusse bestehen bleibt.“

Straßenbahnfahrer als Beamte. Jeder Fahrgast der Straßenbahn ist verpflichtet, dem Schaffner das Endziel seiner Fahrt anzugeben. So entschied das Schöffengericht in Dortmund in einer Berufungssache, welcher folgender Sachverhalt zugrunde lag: Ein Fahrgast, der die Straßenbahn benutzte und einen Fahrschein für 10 Pf. zum Umsteigen verlangte, weigerte sich, das Endziel der Fahrt anzugeben. Daraufhin verweigerte ihm der Schaffner den Fahrschein und veranlaßte den Mann, den Wagen zu verlassen. Der Fahrgast erhielt obenbrein einen polizeilichen Strafbefehl von 3 Mk., weil er sich den Anordnungen eines Beamten nicht gefügt hätte. Hiergegen wurde richterliche Entscheidung anzufragen, und das Schöffengericht entschied, daß jeder Fahrgast verpflichtet ist, dem Schaffner das Fahrtziel anzugeben; das Strafmandat wurde als zu Recht bestehend erklärt.

Gestorben.

In Bremen am 4. März der Seher Heinrich Pentrich, 52 Jahre alt.

In Breslau am 6. März der Seherinvalid Georg Kuttig von dort, 41 1/2 Jahre alt — Brightsche Nierenkrankheit.

In Chemnitz am 25. Februar der Buchdruckereibesitzer Klemens Emil Schmitt, 52 Jahre alt.

In Darmstadt am 6. März der Seher Wilhelm Brenner, 21 Jahre alt.

In Frankfurt a. M. um 5. März der Drucker Bernhard Fay aus Soffenheim; 21 Jahre alt — Kehlkopftuberkulose.

In Hamburg am 4. März der Seher G. Chr. Schumacher aus Belau, 47 Jahre alt — chronischer Darmkatarrh.

In Hannover am 28. Februar der Buchdruckereibesitzer Wilhelm Krifche.

In Stuttgart am 1. März der Gießer Jakob Hermann aus Gaisburg, 45 Jahre alt — Lungenleiden.

Briefkasten.

H. St. in Dresden: Leider nicht mehr zu ändern, soll aber das nächste Mal herübersichtigt werden. — Fr. H. in W.: Vergleichen besitzen wir nicht. Was wir in solchen Sachen in Händen hatten, konnte den tiefer Blickenden in seinen Zweifeln nur bekräftigen, die wir ja derlei Einrichtungen gegenüber immer liegen. — R. S. in W.: Da müssen wir erst einmal nach London schreiben, um über die momentanen Verhältnisse genau orientiert zu sein. Übrigens hat 1908 oder 1907 darüber etwas in der Kuslandsüberficht gestanden. — Marie: Wahrscheinlich keinen Augenblick Zeit; nach Beendigung der gegenwärtigen Arbeit folgt ausführliche Antwort. Ausnahme ist zurzeit ganz unmöglich. Im übrigen herzlichsten Gruß! R. — U. S. in Gießen: Hat sich erledigt durch den Versammlungsbericht. — J. P. in Schneidmig: Wir wollen doch der Punkt nicht allzuviel Ehre antun. Deshalb zurückgelegt, bis von der Seite wieder einmal Gelegenheit geboten wird, die Sache in einem Aufwaschen zu erledigen. — O. G. in Stuttgart: Wir haben schon häufig erklärt, daß es wenig Zweck hat, Worträge in Versammlungsberichten wiederzugeben, und zwar aus mancherlei Gründen nicht. Erstens geben die Meinungen, was allgemein interessierend ist, zwischen Berichterstatter und Redaktion meist sehr weit auseinander. Zweitens

verflügt der „Korr.“ nicht über den Raum, alle Vorträge auch nur auszüglich wiederzugeben. Drittens leiden, wie die immer und immer wieder gemachten Versuche es klar beweisen, die gehaltenen Vorträge zu allermeist ganz beträchtlich unter solcher ausgangsweisen Behandlung, mit der die Redaktion recht häufig auch noch ihre besondere Not hat. Bei wirklich bedeutsamen Vorträgen, die ein erhebliches Allgemeininteresse besitzen, kann jedoch in wirklich gebiegender Wiedergabe ein solches Thema in besonderen Artikeln Behandlung finden. — W. B. in M.: Mein, abgeschlossen ist die Jahresberichtsammenstellung noch nicht. Es folgt noch ein Schlussartikel, in dem die Maschinenseher, Korrektoren, Schriftsetzer und die typographischen Gesellschaften vertreten sein werden. Aus besonderen Gründen muß derselbe aber noch einige Nummern hinausgeschoben werden. — A. M. in Elberfeld: Wir haben in Ihrem Berichte die Ausführungen des Kollegen P. in E. gestrichen, weil das, wie von ihm treffend die Unhaltbarkeit der Neuordnung der Aufsichtsbteilung „nachgewiesen“ wurde, eine direkte Unwahrheit ist! Der Zentralvorstand ist die alleinige Instanz, von der die Annahme von Konditionen in einer Druckerei verboten werden kann. Mit keinem Worte hat nun der Verbandsvorstand vor jener Druckerei im „Korr.“ gewarnt! Es ist aber in Nr. 19 von dem betreffenden Ort ein Versammlungsbericht veröffentlicht worden, worin von einem untauglichen Vorkommnis in fraglicher Druckerei die Rede ist, „das, falls dem Vertrauensmanne die Regelung nicht gelingt, das Schiedsgericht beschäftigen wird“. Daraus, also aus einer noch nicht einmal bis zum Tariffschiedsgerichte gebieheren Sache, über die im „Korr.“ andeutend berichtet wird, machte jener Redner in Ihrer Versammlung nun gleich eine Warnung des Verbandsvorstandes, um diesen gegen den Gauvorstand als Aufsichtsberteiler auszuspielen zu können. Es ist ein Skandal, wenn mit solchen Mitteln Stimmung in einer Versammlung gemacht wird, um einen Beschluß der Gauvorstandskonferenz herunterzureißen, der mit großem Verständnis behandelt werden will, und bei dem oberflächliche Beurteilungen und unwahre Behauptungen direkt vom Ibel sind. Da die Redaktion nicht bewußterweise zur Verbreitung von Unwahrheiten beitragen kann und will, haben wir die ganze Stelle gestrichen. Die Kollegenschaft kann an diesem Falle wieder ersehen, daß nur die objektive Behandlung aller Fragen und Vorkommnisse die Verbandsinteressen fördern kann. — Nach Dresden, Glogau, Halle: Da am Donnerstag keine Nummer erschien, konnten die Wünsche betreffs Versammlungskalender nicht erfüllt werden. — M. K. in Berlin: 2 M. — W. B. in Kattowitz: 1,85 M.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 13, I.
Fernsprechnr. 71, 14 191.

Bekanntmachung.

Die verehrlichen Verbandsfunktionäre ersuchen wir hiermit, die Adresse des Maschinensefers Otto Zahl, geboren in Deutsch-Krone am 18. März 1878 (Hauptbuchnummer 37046), möglichst umgehend dem Unterzeichneten mitteilen zu wollen.
Berlin. Der Verbandsvorstand.

Gau Hannover. Der diesjährige Gautag wird am 6. und 7. Juni in Lüneburg stattfinden. Anträge zu demselben sind bis zum 25. April an den Gauvorstand einzureichen.

Bezirk Karlsruhe. Vom 1. April ab befindet sich das Vereinsbureau Wilhelmstraße 25 II. Alle Zuschriften sind an den Verwalter W. Hof, Wilhelmstraße 25, zu richten.

Bremen. Der Seher Fritz Kahl (Hauptbuchnummer 71035) möge seine Adresse an Wilh. Strauß, Grinenstraße 11/12, gelangen lassen.

Gießen. Der Seher Max Siering aus Artern (Hauptbuchnummer 62090) wird hiermit ersucht, seine Adresse an den Kassierer Jos. Müller, Alsterweg 56, mitzuteilen.

Abresenveränderungen.

Schleswig-Holstein. Gautassierer: A. Pöschel, Altmannstraße 15 I.

Bezirk Bielefeld. Vorsitzender: Otto Mirow, Klingstraße 2 II; Kassierer: August Holz, Dlmühlensstraße 68.

Bezirk Wiesbaden. Vorsitzender: Ad. Holzhäuser, Frantenstraße 21; Kassierer: Franz Vertina, Schachstraße 24.

Bielefeld. Vorsitzender: Walter Benz, Drillinghäuser Straße 17; Kassierer: Aug. Holz, Dlmühlensstraße 68.

Bremen. (Maschinenmeisterverein.) Vorsitzender: Oskar Endert, Altbremerstraße 42 II.

Chemnitz. Ortsvorsitzender: C. Meyer, Rimbacher Straße 28 I; Kassierer: H. Eisenpläßer, Garnisonstraße 20.

— (Maschinenmeisterverein.) Vorsitzender: Max Zimmermann, Gravelottestraße 45, I; Kassierer: Emil Pöhlisch, Leipziger Straße 80 I.

Grünberg i. Schlef. Vorsitzender: Otto Mäber, Untere Fußgäßburg 9; Kassierer: Max Augspach, Grünstraße 29.

Hamburg-Altona. (Verein der Stereotypen und

Galvanoplastiker.) Vorsitzender: Bernhard Simon, Hamburg 30, Düppelstraße 43 III.

Kattowitz. Vorsitzender: Wilhelm Vogler, Nottebohmstraße 9 I; Kassierer: Emil Pannier, Goethestr. 5, S. I. II.

München. (Bayrischer Korrektorenverein.) Vorsitzender: Karl Lassenbrei, Kirtenstr. 31 II, Seitenbau; Kassierer: Jos. Schäffler, Maßstraße 81 II.

Offenbach a. M. Vorsitzender: Heinrich Pippert, Karlsruherstraße 64 II v.; Kassierer: Heinrich Stein, Domstraße 16 II.

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigeigte Adresse zu richten):

In Upenrade der Druder Andreas Schmidt, geb. in Flensburg 1888, ausgel. das. 1909; war noch nicht Mitglied. — M. Pritter in Kiel, Schauenburger Straße 34 p.

In Braunschweig der Druder Wilhelm Grote, geb. in Hamburg 1876, ausgel. in Braunschweig 1896; war schon Mitglied. — Wilh. Heuter, Kastanienallee 40 a.

In Gelsenburg der Seher Bruno Müller, geb. in Bagorzelice (Posen) 1873, ausgel. in Schneidemühl 1893; war schon Mitglied. — F. Schindelhauer in Halle a. S., Schwefelstraße 23.

In Elberfeld der Seher Ewald Schmitz, geb. in Hildeswagen 1883, ausgel. das. 1902; war noch nicht Mitglied. — Heint. Marshall, Humboldtstraße 53 II.

In Frankfurt a. M. die Seher I. Reinhard Janke, geb. in Zaunmilz (Oberhessl.) 1890, ausgel. in Leobfisch 1908; war noch nicht Mitglied; 2. Hugo Mann, geb. in Blaubeuren 1875, ausgel. in Maulm 1893; 3. Jakob Speidel, geb. in Wülfingen 1879, ausgel. in Mühlader 1896; 4. der Druder Wilhelm Krieg, geb. in Frankfurt a. M. 1874, ausgel. das. 1892; waren schon Mitglieder. — S. Bachaus, Allerheiligenstraße 51 III.

In Lüneburg der Seher Paul Mokroß, geb. in Kreuzburg 1880, ausgel. das. 1898; war schon Mitglied. — R. Casse, Beim Benedikt 4 II.

In Nürnberg die Seher 1. Georg Bogtmann, geb. in Rothenburg o. T. 1885, ausgel. das. 1903; war schon Mitglied; 2. Albert Schmidt, geb. in Probstzella 1891, ausgel. in Kronach 1908; war noch nicht Mitglied.

In Reumarkt der Seher Friedrich Merklein, geb. in Dintelsbühl 1891, ausgel. das. 1908; war noch nicht Mitglied. — Jos. Seig in Milingen, Hofstraße 24 I.

In Reichenbach i. B. die Seher 1. Franz Eduard Kluge, geb. in Olsnitz i. B. 1858, ausgel. in Reichenbach 1876; war noch nicht Mitglied; 2. Rich. Leucht, geb. in Kengenfeld i. B. 1863, ausgel. in Werbau 1881; war schon Mitglied. — C. W. Stoy in Chemnitz, Jahnstraße 20.

In Stettin der Druder Max Kettinger, geb. in Merseburg 1887, ausgel. das. 1906; war schon Mitglied. — Emil Müller, Deutsche Straße 47, Hof III.

In Lkslar der Seher Ernst Rildiger, geb. in Kroffen 1883, ausgel. das. 1903; war schon Mitglied. — S. Bornemann in Göttingen, Obere Karppelle 9.

Arbeitslosenunterstützung.

Breslau. Auf der hiesigen Zahlstelle liegt ein vom Gau Westpreußen neu ausgestelltes (zweites) Buch für den Schweizerdegen Johann Piegsa (Hauptbuchnummer 67034).

Chemnitz. Die Herren Reisefassenerwalter und Vertrauensleute wollen dem Seher Richard Soh aus Unterlemnitz (Hauptbuchnummer 31594) bei eventuellem Vorgesprechen als Nichtbezugsberechtigter das Verbandsbuch abnehmen und an Otto Wähnel, Feldstraße 35, einleunden.

Breslau. Das Buch des Sehers Oswald Sauer aus Wiekmansdorf (Hauptbuchnummer 3008) ist hier verloren gegangen. Denselben wurde ein neues (zweites) Buch (Rheinlands-Westfalen 7536) ausgestellt und wird das alte hiermit für ungültig erklärt.

Lahr i. B. Das Verzeichnis für die durchreisenden Kollegen befindet sich im Gasthause „Zum Röhle“, Kaiserstraße 95. Die Herren Verwalter der umliegenden Zahlstellen werden gebeten, die reisenden Kollegen hierauf aufmerksam zu machen.

Strasbourg. Dem Seher Julius Müller aus Solingen (Hauptbuchnummer 73396) ist auf der Reise von der Schweiz nach Deutschland sein Quittungsbuch (Gau Elsaß-Lothringen Nr. 28) abhanden gekommen. Es wurde ihm ein neues Buch (Gau Elsaß-Lothringen Nr. 48) ausgestellt. Ersteres wird hiermit für ungültig erklärt.

Versammlungskalender.

Annaberg-Buchholz. Versammlung heute Sonnabend, den 13. März, abends, in Ed. Schuberts Restaurant in Buchholz.

Auerbach-Glefeld-Galkenitz. Versammlung heute Sonntag, den 13. März, abends präzis 9 Uhr, im Restaurant „Berghaus“ in Glefeld.

Bayreuth. Versammlung heute Samstag, den 13. März, abends 8 Uhr, in der „Bereinsbaurerei“.

Berlin. Versammlung heute Sonnabend, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Zum Erbspingen“.

Blankenburg (Harz). Versammlung heute Sonnabend, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Blauenburger Hof“ (Otto Helm).

Sachsen. Maschinenmeisterversammlung Sonntag, den 14. März, nachmittags 3 Uhr, im „Hotel zum Wämer“.

Breslau. Generativersammlung Sonntag, den 14. März, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Margaretenstraße.

Bromberg. Versammlung Sonntag, den 14. März, nachmittags 9 1/2 Uhr, im Vereinslokale von Wäcker, am Fischmarkt.

Charlottenburg. Versammlung Sonntag, den 14. März, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Volkshaus“, Postenstraße 3.

Düsseldorf. Maschinenmeisterversammlung heute Sonnabend, den 13. März, abends präzis 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Grüner Baum“.

Düsseldorf. Maschinenseherversammlung Sonntag, den 14. März, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Schumacher, Simmermannstraße.

Elberfeld. Versammlung Samstag, den 3. April, abends 8 1/2 Uhr, im „Volkshaus“.

— Maschinenmeisterversammlung am Sonntag, den 14. März, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Hüttemann in Barnum, Sapeier Straße 50.

Eimshoven-Garnfeld. Versammlung heute Sonnabend, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Café Witten“.

Erfurt. Versammlung heute Sonnabend, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Lied“.

Essen. Versammlung heute Sonntag, den 13. März, abends präzis 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale Engelmann, Rottstr. 19.

Frankfurt. Versammlung heute Sonnabend, den 13. März, abends 9 Uhr, bei Widoepf.

Frankfurt a. M. Hauptversammlung (Fortsetzung) Sonntag den 14. März, vormittags präzis 10 Uhr, im „Freien Turnverein“, Große Gallusstraße 12.

Frankfurt a. M.-Offenbach a. M. Stereotypen- und Galvanoplastiker-Versammlung Sonntag, den 21. März, vormittags 10 Uhr, im „Freien Turnverein“, Große Gallusstraße 12.

Graz. Versammlung Sonntag, den 21. März, vormittags in Ghenberg, „Altenburger Hof“.

Greif. Versammlung heute Sonnabend, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Lunel“.

Hamburg-Altona. Korrektorenversammlung Sonntag, den 14. März, nachmittags 5 1/2 Uhr, im Vereinslokale, Kaiser-Wilhelm-Straße 77.

Hamburg. Maschinenmeisterversammlung heute Sonnabend, den 13. März, abends 9 Uhr, im Vereinslokale bei Widoepf, Schopenhauerstr. 1.

Hamburg-Altona. Versammlung Sonnabend, den 20. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn E. Lüssenhop, Erste Bergstraße 7.

Kassel. Maschinenseherversammlung heute Sonnabend, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Schmalfensberg, oberste Gasse.

Kiel. Maschinenmeisterversammlung Sonntag, den 14. März, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Fährstraße.

Köln. Korrektoren generalversammlung Sonntag, den 14. März, vormittags 11 Uhr, in Düsseldorf, Wuppertaler Str. 7, Fernentstraße 65.

Köpenick-Friedrichshagen. Versammlung heute Sonnabend, den 13. März, in Friedrichshagen, Restaurant „Waldlater“, Köpenicker Straße.

Köpenick. Versammlung heute Sonnabend, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr, in Lepo Restaurant, Lubmstraße.

Landsht. Versammlung heute Samstag, den 13. März, abends 7 1/2 Uhr, im „Möserbräu“.

Magdeburg. Versammlung heute Sonnabend, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Sachsenhof“, Gr. Storchstraße 7.

Neu-Burg. Versammlung Sonntag, den 14. März, vormittags 10 Uhr, im Vereinslokale „Waldstra“.

Plauen i. B. Versammlung heute Sonnabend, den 13. März, abends präzis 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus „Schillergarten“.

Potsdam. Versammlung heute Sonnabend, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Bitorlagarten“, Alte Luisenstraße.

Quedlinburg. Versammlung heute Sonnabend, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Stadtpart“, Webersstraße.

Rosbach i. M. Versammlung Sonntag, den 14. März, vormittags 10 Uhr, im Restaurant „Zur Post“, Garbrätersberg.

Saarbrücken-St. Johann. Versammlung heute Samstag, den 13. März, abends präzis 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale „Ruffhäuser“.

Sangerhausen. Bezirksversammlung am Sonntag, den 28. März, vormittags 11 Uhr, in Nordhausen, Restaurant Spitz. Anträge bis spätestens 18. März an den Bezirksleiter.

Schleswig. Versammlung heute Sonnabend, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr, in Elmunde, Restaurant.

Schwabach. Versammlung heute Sonnabend, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Mümmert, Breslauer Straße.

Stralsund. Bezirksversammlung am Sonntag, den 18. April, vormittags 11 Uhr, in Stralsund, im „Schloßbräuhaus“. Anträge sind bis zum 28. März einzuliefern.

Stuttart. Maschinenseherversammlung Sonntag, den 14. März, vormittags präzis 10 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.

Waldenburg i. Schl. Versammlung Sonnabend, den 20. März, abends 8 1/2 Uhr, im Vereinslokale („Werkauer Bierhale“).

Weser-Eibe. Bezirksversammlung am 11. April (erster Donnerstag) in Wesemünde. Anträge bis spätestens 30. März an den Bezirksvorstehenden Hartmann, Westermünde, Gartenstraße 30.

Wiesbaden. Maschinenseherversammlung Sonntag, den 14. März, vormittags 10 Uhr, im Restaurant „Eisener Kautler“, Bonnardstraße 66a, Wertramstraße.

Zuffenhausen. Versammlung heute Samstag, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr, in der Restauration „Zur Rose“.

Zentralkommission der Korrektoren Deutschlands.

Die Adresse des Kassierers lautet von jetzt ab: Almit Beuermann, Rixdorf 6, Berlin, Kaiser-Friedrich-Str. 9.

Internationales Buchdruckersekretariat.

Vom 1. April d. J. ab wird die Adresse des Internationalen Buchdruckersekretariats die folgende sein: Internationales Buchdruckersekretariat (Herr P. Stautner), Stuttgart, Heusteißstraße 54.

Korrespondenzen, die ihren Bestimmungsort nach dem 28. März erreichen würden, dürfen nicht mehr nach Bern, sondern nach Stuttgart adressiert werden.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker.

Briefadresse: z. H. des Geschäftsführers Herrn Paul Schlichte.

Tariffchiedsgericht für den Kreis Mittel- und Oberfranken.

Der Seher Karl Schöhring wollte sein Urteil vom Tariffchiedsgericht an den Zentralvorstand senden. Ferner ist in der Streifache König Verhandlung am 18. März vor dem Landgericht in Fürth und ist seitens des Zentralvorstandes für die drei Kläger Rechtschutz gewährt worden. Kollege Schöhring wollte sich wegen dieser Angelegenheit mit dem Kollegen Vogel (Fürth) in Verbindung setzen.

Münberg, den 9. März 1909.

Wilhelm Kolb, Geschäftsvorstand.

Sichere Existenz
für Schweizerdegen, Drucker oder Setzer durch Kauf meiner mit elektr. Weich eingedr. Druck- u. Schriftg., 2 Siegel, 2 Rollen und verschid. Hilfsmittel. Gute Rendite! Aus d. Händl. Hoffmann sehen bleiben. Werte Offerten unter Nr. 413 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Lohnenden Nebenverdienst
finden Herren durch den Verkauf von Stempeln usw. Musterbuch erhalten Interessenten. Stempelfabrik A. Dürmoyer, Kiel, Holstenstr. 21.

Akzidenzsetzer
der auch im feinen und feinsten Katalogsatz sowie im Satz und Entwürfe moderner Prospekte tüchtig ist, wird von modern eingerichteter Druckerei in Breslau gesucht. Werte Offerten mit Angabe bisheriger Tätigkeit, des Alters und der Gehaltsansprüche unter W. 417 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Ein fester, tüchtiger
Lithotypsetzer
findet im Werktag (achtstündige Arbeitszeit) Kondition bei Rich. Germ. Dietrich, Dresden.

Ein Vulkaniseur und Geber
(sauberer Arbeiter), mit allen Nebenarbeiten vertraut, per 1. April event. früher, nach groß. Stadt Niederbischlitz gesucht. Stellung ist dauernd und gut bezahlt. Werte Off. mit Gehaltsansprüchen unter Nr. 404 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Gesucht wird für eine süddeutsche Buchdruckerei ein tüchtiger, gewandter

Illustrationsmaschinenmeister
der gewillt ist, den Illustrationsrotationsdruck zu erlernen. Hoher Lohn, dauernde Stellung. Umzugskosten werden vergütet. Ältere, verheiratete Herren erhalten den Vorzug. Werte Offert. unter 410 an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Jüngerer
zweiter Maschinenmeister
für 32seitige Notationsmaschine u. Nachbetrieb gesucht. Bewerber, die sich an 32seitigen Maschinen ausbilden wollen und bereits auf Notation tätig waren, wollen Offerten unter Beifügung von Zeugnisabschriften, Angabe des Alters und der Lohnansprüche unter L. 3932 an Hansenstein & Vogler, K.S., Leipzig senden.

Erst arbeitende
Schriftgießer
für Hand- und Kompletzmaschine sucht
F. Ch. Zanker in Nürnberg. [333]

Tüchtiger Schriftgießer
für Kompletzmaschinen gesucht.
J. John Söhne, Hamburg. [392]

Werktätiger (russ., poln., engl., franz.) sucht als solcher oder als Metteur (im Umbruch) tüchtige Werte (event. auch als Korrektor nach über 20-jähriger Kond.) in einem Geschäft, bei Beschäftigung in der Stellung. Wert. nach Bel. Werte Off. u. A. Z. 397 a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Tüchtiger Zeuggraveur
welcher selbständig arbeiten kann, sofort bei gutem Lohn für dauernd gesucht. Schriftgießerei D. Stempel, Frankfurt a. M. [409]

Jünger Schweizerdegen
in allen Sorten bewandert und an Schnellpresse und Siegel firm. sucht sich baldigt zu verheiraten, gleichviel wohn. Jedoch wird Großbesitz bevorzugt. Gehalt und Verdiensterwartung zu Diensten. Werte Off. mit Gehaltsangabe erb. an Erich Söhne, Erfener Str. Berlin, Wilhelmstr. 9.

Jünger, tüchtiger Setzer
der mit allen Sorten gut vertraut ist, sucht Kondition. Werte Offerten erbeten an
W. Lirlich, Dortmund, Hohensyburgstraße 10.

Frauenbergrübnisstätte
der in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter Verkauft.
Am Mittwoch, den 17. März findet im Lokale des Kollegen Paul Zimmermann, Wilhelmsstraße 2, nachmittags 5½ Uhr, öffentliche Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit; 2. Kassenbericht und Bericht der Revisoren; 3. Neuwahl des Vorstandes und der Revisoren; 4. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen erwartet.
Der Vorstand.

Dresden Buchdruck- Maschin.-Verein Dresden
Morgen Sonntag, den 14. März, vormittags 11½ Uhr: Besichtigung der „Yenidze“ Zigarettenfabrik [412].
Treffpunkt: Vormittags 10½ Uhr im großen Saale des „Volksbaus“, woselbst die Eintrittskarten ausgegeben werden. Ohne solche kein Zutritt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet [402] Der Vorstand.

Verein Berliner Korrektoren.

Vorsitzender: Chr. Voigt, Berlin S 59, Gräfestraße 72 v. IV. | Kassierer: A. Gensermann, Witzdorf, Kaiser-Friedrich-Str. 9.
Vorstand: Georg Müller, S 14, Alte Jakobstraße 71.

Nächste Versammlung: Sonntag, den 21. März, abends 7 Uhr, im Restaurant „Industrie- u. n. g.“, W 19, Neustiftstraße 19/20 (Eppelmarkt). Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Vortrag des Kollegen Hermann Schiffer; 3. Tarifliches Klagegericht; 4. Verschiedenes.
Um zahlreiches Besuch ersucht
Der Vorstand.

Maschinenmeisterverein Hamburg-Altonaer Buchdrucker.
Sonnabend, den 13. März, abends 9 Uhr, im Vereinslokale „Zur Kariburg“, bei Ribow, Schopensteil 1.
Mitgliederversammlung.
Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Kassenbericht; 3. Technisches; 4. Tarifliches; 5. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht [399] Der Vorstand.

KATTOWITZ.
Sonntag, den 14. März, vormittags 11 Uhr, im großen Saale des Hotel „Deutsches Haus“:
Bezirksversammlung.
Nachmittags 4 Uhr ebendasselbst:
Feier des 25jährigen Verbandsjubiläums des Kollegen Emil Pannier.
Hierzu werden die Bezirkskollegen freundlichst eingeladen. [400] Der Vorstand.

Rheinisch-Westfälischer Korrektorenverein (Sitz Köln).
Sonntag, den 14. März, in Düsseldorf, **Vierte ordentliche Generalversammlung.**
Vormittags 11 Uhr: Vortrag des Gastredners Uibrecht (Essen) über: „Die Aufgaben der Spezialorganisationen innerhalb des Verbandes“.
Mittags 1 Uhr: Beginn der Beratungen. (Tagesordnung durch die Mitteilungen).
Darum anschließend: **Gemeinschaftliches Mittagessen.**
In recht zahlreichem Besuche ladet dringend ein [398] Der Vorstand.

Vertrauensleute
im Maschinen- wie auch Setzersaal einer jeden größeren Druckerei in Deutschland gesucht von der
Buchdrucker-Woche
□ Berlin SW. 68 □
Meldungen bitte mittels Postkarte unter Angabe der Gehilfenzahl einzureichen.

Wenn wir Sie sprechen könnten
würden wir Sie sicher davon überzeugen, dass Sie durch direkten Bezug aus unserer Fabrik in Anzugstoffen, Paletotstoffen, Hosentstoffen, Westenstoffen, Damentuchen etc. unbedingt Vorteile haben. Spezialität: Erstklassige Neuheiten in besserer Qualität zu allerbilligsten Preisen. Verlang Sie durch Postkarte Muster, wir senden dieselb. sofort franko ohne Kaufzwang.
Lehmann & Assmy, Spremberg L. 59
Grösste u. älteste Tuchfabrik Deutschlands dies. Art.

Stensburg. Sonnabend, den 13. März, ordnung: 1. Abrechnung über das Stichtungs- u. s. w.; 2. Kassenbericht; 3. Vespredung der Gattungs- u. s. w.; 4. Vortrag des Geschäftsleiters des Stensburger Konsumvereins, Kol. Waldemar Sörensen, über: „Die Entwicklung der Konsumvereinsbewegung in Deutschland“; 5. Verschiedenes. [391]

In meinem Verlag erschien:
Der Werksatz.
Eine leichtverständliche, eingehende Behandlung des Werksatzes nebst guten Satzbeispielen sollte jeder Schriftsetzer täglich zur Hand haben. Für 76 Pfennig kann sich selbst der Lehrling durch Anschaffung dieses ausführlich geschriebenen Briefes über das Gebiet des Werksatzes eingehend unterrichten.
Julius Mäusers Verlag, Leipzig-R.

Anhang zum Tarife
von Konrad Gidler.
Preis des Exemplars 10 Pf. (3 Pf. Porto). Bestellungen nehmen die Herren Verbandsfunktionäre sowie Georg Böhmig, Leipzig, Salomonstraße 8, entgegen.
Für Vereinsbibliotheken Verkauf: H. G. Böhmig, Leipzig, Salomonstraße 8, entgegen.

Das praktische Handbuch: „Wohlfand beim kleinen Manne“
von Edwin Kalliger
wird nach 10-jähr. erstverkauft, in 1000 Exemplaren der großhändl. Arbeitervereine, des Weges, d. Weges, ein. veru. u. s. w. Lebensweise u. damit z. ein. Beschäft. Wohlfand auch des kleinen Mannes zeigen. Geg. Einl. v. 35 Pf. portof. Julend. Nachn. 30 Pf. tourer. [415] G. Seifert, Leipzig, Bräuerstr. 37.

Richard Härtel, Leipzig-R.
(Inhaberin: Klara verw. Härtel)
Kohlgrabenstrasse 15
Kleiner feinst
Werke und Musikalien aller Art zu Ladenpreisen-Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten. Geschichte der Schallmaschine und ihre Entwicklung bis auf die heutige Zeit. Von Karl Hermann. Mit vielen Bildern. 1,30 Mk. Die Systeme sämtlicher epistologischer Schreibmaschinen und deren Bedienung. Mit einem Handbuch für organisierten Buchdrucker. Mit einer Karte von Deutschland. Von der Arbeit von Konrad Gidler. Preis 1,50 Mk. Der Faktor. Hilfsbuch für Faktoren. Geb. 4 Mk. Straß, Gutenberg, Leipzig, 50 Pf. Der Satz des Griechischen, von J. Walter. 1. Abt. 2. Neugriechisch, 1 Mk. Der englische Verkauf. Von Helwig 30 Pf.

Wer sich zum Faktor
oder zum ersten Akzidenzsetzer ausbilden will, dem ist der einjährige Besuch des Technikums für Buchdrucker zu empfehlen. Es wird leichtfasslicher Unterricht erteilt in folgenden Fächern: Akzidenzsatz aller Art, Skizzieren, Farblehre, Tonplattenschnitten, Faktorarbeiten, Druckpreisberechnung, Zinkätzung, Drucktechnik usw. Zahlreiche Anerkennungs- und Dankschreiben. Am 1. April beginnt ein neuer Kursus. — Prospekte durch die Geschäftsstelle Leipzig-R., Senefelder-Strasse 13-17.

Stenographie Unterr. n. Gabelberger erteilt brieflich licher und leicht N. Ruch, Leiter der Fernkurse der Stenographen- u. s. w. Buchdr. in Deutschl., Münster i. W.

Gastwirtschaft Imhoff
Köln am Rhein, Perlengraben 36.
Logis — 40 Pf. — Zimmer mit 2 Betten Brausebad frei. pro Bett 50 Pf.
Empfehle ferner:
Zimmer allein 1,50, 2 Nächte 2,50, 3 Nächte 3 Mk.

Am 4. März verschied unser Kollege, der Schriftgießer
August Milwodeit
aus Gumbinnen, im 56. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Kollegen der W. Wilmerschen Schriftgießerei Berlin. [395]

Am 6. März verschied nach langem Leiden unser wertos Mitglied, der Setzerinvalide
Georg Kuttig
aus Breslau, im 42. Lebensjahre. Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren. [403] Ortsverein Breslau.

Am 4. März verschied nach kurzer, heftiger Krankheit unser wertos Mitglied, der Setzer
Heinrich Hentrich
im 62. Lebensjahre. Ehre seinem Andenken! Bremer Buchdruckerverein (Bezirksverein Bremen des V. d. B.). [395]

Am 6. März verschied nach langem Leiden unser Kollege, der Setzer
Wilhelm Brenner
im 21. Lebensjahre. Sein Andenken wird in Ehren halten Der Bezirksverein Darmstadt. [394]

Am 5. März verschied unser wertos Mitglied, der Drucker
Bernhard Fay
aus Sossenheim, im 21. Lebensjahre an Kehlkopftuberkulose. [401] Ehre seinem Andenken! Bezirk Frankfurt a. M.

Am 4. März verstarb unser wertor Kollege und Mitarbeiter, der Setzer
E. Schumacher
aus Belau, im 47. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Das Personal von Auer & Ko. in Hamburg.